

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

J. C. HUREWITZ

Die Probleme im Nahen Osten

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir den folgenden Beitrag von J. C. Hurewitz: „Die Probleme im Nahen Osten“, erschienen in der amerikanischen Zeitschrift „THE ATLANTIC MONTHLY“, Dezember 1956.

Es gibt kein neues Buch, dessen Lektüre für Amerikaner, die an der Nahostfrage interessiert sind, beunruhigender und deprimierender ist, als Robert J. Donovan's Eisenhower: *The Inside Story*. Die Bedeutung dieses Bestsellers liegt in dem privilegierten Zugang des Autors zu den internen Beratungen des Weißen Hauses. Das Buch ist in weiten Kreisen als eine inoffizielle Darstellung der Politik der Eisenhower-Regierung angesehen worden, und zwar wie die Regierung diese Politik von der Öffentlichkeit gerne betrachtet haben möchte. Doch enthalten die über 400 Seiten, auf denen jeder wichtige innen- und außenpolitische Aspekt der Regierungspolitik mit Kapiteln über Korea, Rotchina, die Bermuda-Konferenz, Indochina, Formosa und Genf abgehandelt worden ist, nur drei verstreute Hinweise auf den Nahen Osten — und selbst diese werfen kein Licht auf die Ansichten der Regierung über dieses Schlüsselgebiet.

Dieses seltsame Schweigen legt ein eindrucksvolles Zeugnis für die Tatsache ab, daß sich die Regierung und das amerikanische Volk im allgemeinen von den an Bedeutung ständig zunehmenden Nahost-Problemen abgewandt hatten. In den letzten Jahren scheint sich in Washington eine merkwürdige Ansicht durchgesetzt zu haben, daß sich nämlich irgendwann auf wunderbare Weise diese Probleme von selbst lösen und schließlich wie eine Fata Morgana in der Luft zergehen werden.

Die „Gipfelkonferenz“ in Genf im Juli 1955 hat vielleicht diese Tendenz in dramatischster Weise illustriert. Einige Wochen vor Beginn der Konferenz waren dem State Department Informationen zugegangen, daß die Russen in Kairo Verhandlungen über eventuelle Tauschgeschäfte, und zwar moderne Waffen gegen Baumwolle begonnen hatten. Im September 1955, gerade zwei Monate nach der Konferenz, wurde der Handel über die Lieferung sowjetischer Waffen an Ägypten im Werte von ungefähr 200 Mil-

lionen Dollar tatsächlich abgeschlossen. Während der ganzen Konferenz in Genf, die eine Woche dauerte und die Führer der Großmächte an einen Tisch brachte, ist jedoch — soweit bekannt geworden ist — nicht einmal die Rede von ihren Beziehungen im Nahen Osten gewesen.

Wenn künftige Historiker die Geschichte unserer Zeit schreiben werden, dann wäre es denkbar, daß sie die entscheidende Zeitspanne von Juli bis September 1955 als Wendepunkt in der Entwicklung des Kalten Krieges bezeichnen werden. Der sowjetisch-ägyptische Waffenhandel hat das Monopol, das der Westen nach dem Kriege im Nahen Osten für die Lieferung moderner Waffen besaß, jäh beendet. Die Sowjetunion wurde dadurch in die Lage versetzt, die politische Initiative im strategischen Herzen dieses Gebietes zu ergreifen, sogar bevor Großbritannien die Evakuierung seiner Streitkräfte aus dem unersetzbaren Stützpunkt am Suezkanal beendet hatte. Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten sind von dieser Entwicklung überrannt worden und haben bis zum heutigen Tage ihre diplomatische Überlegenheit und Gelassenheit noch nicht wiedergewonnen.

Der kontinuierliche Strom der Geschichte kennt bekanntermaßen keine scharfen Cäsuren. Selbst Revolutionen sind einer Entwicklung unterworfen und erwachsen aus Bedingungen, zu deren Wandlung triumphierende Revolutionäre beitragen. Nach meiner Ansicht ist es aber wesentlich, daß wir des diplomatischen Durchbruchs eingedenk sind, den die Sowjetunion im Frühherbst 1955 verzeichnen konnte. Er setzte einen Schlußstrich unter ein Nachkriegsjahrzehnt, das sich vor allem durch eine Reihe sowjetischer Fehler im Nahen Osten auszeichnete. Die russische Politik in diesem Gebiet von 1945 bis Ende 1954 bewies so viel Finesse wie ein führerloser Bulldog, der sich seinen Weg durch die menschenüberfüllte

Hauptstraße einer Provinzhauptstadt bahnt. Doch sollten wir nicht vergessen, daß die Ursache für dieses unberechenbare Verhalten weit mehr in den Auswüchsen und der Verbohrtheit des Stalinismus als etwa in unserer Weisheit und vorausschauenden Planung zu suchen ist.

Während der letzten zwölf Monate hat sich jedoch ein radikaler Umschwung vollzogen. Der „entstalinisierte“ Kreml hat seine Methoden und Verhaltensweise ganz offensichtlich geändert, und Washington kann sich nicht mehr

INHALT DIESER BEILAGE:

J. C. Hurewitz

„Die Probleme im Nahen Osten“

D. W. Brogan

„Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Lichte der amerikanischen Innenpolitik“ (S. 329)

Fritz Behrendt

„Die politische Schulfeier als menschliche Ausdrucksform“ (S. 333)

länger eine phantasielose Diplomatie leisten, die sich im alten Trott bewegt, ohne sich in die Probleme wirklich zu vertiefen, und die von Vorstellungen und Programmen bestimmt wird, die weitgehend von den Erfahrungen in anderen Gebieten beeinflusst sind und bedenkenlos auf den Nahen Osten übertragen werden. Eine eingehende Prüfung wird ergeben, daß die Vereinigten Staaten seit Ende des 2. Weltkrieges im Nahen Osten einem defensiven Kurs gefolgt sind. Washingtons Nahost-Politik könnte man jedoch im ersten Nachkriegsjahrzehnt, besonders nach 1946, als relativ dynamisch bezeichnen. Im vergangenen Jahr jedoch sind die Vereinigten Staaten von einer dynamischen zu einer statischen Verteidigungspolitik übergegangen und dementsprechend von der Bereitschaft

zu Experimenten zu einer fast krankhaften Abneigung, überhaupt noch irgend etwas zu unternehmen.

Wie konnten wir es denn überhaupt dulden, uns in diese Position der Schwäche hineinmanövrieren zu lassen? Hätten wir das plötz-

liche Absinken unserer politischen Schicksalskurve anhalten und unsere gegenwärtige mißliche Lage überhaupt vermeiden können? Oder mußte der Abbau unseres Einflusses und Prestiges im Zuge einer zwangsläufigen Entwicklung früher oder später doch erfolgen?

Vermehrung der Schwierigkeiten

Bei einer Beurteilung unserer Position im Nahen Osten muß zuerst festgestellt werden, daß wir in diesem empfindlichen Teil der Welt, was Verantwortung anbetrifft, Neulinge sind. Noch bis zum 2. Weltkrieg und sogar bis zur Proklamierung der Truman-Doktrin im März 1947 hatten wir — Regierung und Öffentlichkeit gleichermaßen — die Neigung, den Nahen Osten als ein fast ausschließlich englisches Einflußgebiet zu betrachten. Selbst als die Vereinigten Staaten in den folgenden Jahren politisch sehr aktiv wurden mit dem Ziel, das sowjetrussische Vorgehen einzudämmen, betrieben sie ihre Politik im Nahen Osten weiterhin mit halber Kraft. Da England in diesem Gebiete, vor allem in den arabischen Staaten, vor den Vereinigten Staaten anwesend gewesen war, wurde Washington daran gehindert, frei und direkt mit den örtlichen Regierungen und der Bevölkerung der Länder zu verhandeln.

Dies ist der Fall in den Kolonien Aden und Cypern und in den Protektoraten von Aden und den verschleierte Protektoraten die sich an der arabischen Küste des Persischen Golfes entlangziehen. Das war der Fall im Mandat Palästina (bis 1948) und im Sudan unter anglo-ägyptischem Kondominium (während 1955). Die Außenpolitik dieser Länder, die der englischen Verwaltung unterstanden, wenn auch in Form und Ausmaß jeweils verschieden, wurde nicht vom jeweiligen Lande selbst, sondern vom Außenministerium in London — zuzeiten unter Beistand des Kolonialministeriums — wahrgenommen. Auch in den Ländern, die England durch bevorrechtete Bündnisse verbunden sind — Jordanien, Libyen, Ägypten (bis 1954) und Irak (bis 1955) — hatten die Vereinigten Staaten die bestehenden Rechte und Sonderinteressen ihres Haupt-NATO-Verbündeten nicht weniger zu berücksichtigen als Ansprüche und Einstellung der betreffenden arabischen Völker.

Selbst in jenen Ländern, wo es keine englische Kontrolle gab und sich die Vereinigten Staaten daher frei und ungehindert betätigen konnten — Iran, Israel, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien und im Yemen — entfaltete sich die amerikanische Initiative nur langsam und zögernd oder litt unter einer Stagnation. Zurzeit des Ausbaus unserer Eindämmungspolitik glaubte Washington hoffnungsvoll — und wie sich herausstellte, irrtümlicherweise — daß die sowjetische Bedrohung des Iran überwunden wäre, als die Regierung des Schah im Dezember 1946 ihre Autorität über Aserbeidschan wiederhergestellt hatte. Bei den stark nationalistischen Elementen in der arabischen Welt schlug die Demütigung, die sie durch die Nie-

derlage im Kriege mit Israel erlitten hatten, in die Überzeugung um, daß die Vereinigten Staaten durch ihre angeblich bedingungslose Unterstützung Israels der Hauptschuldige sei.

Der Kurs der amerikanischen Politik in Palästina war in der entscheidenden Zeitspanne von 1947 bis 1950 tatsächlich so verworren, daß es unmöglich ist, die Vereinigten Staaten über irgendeinen Zeitraum hinweg mit einer einzigen Situation völlig zu identifizieren. Ausschlaggebend für die Vermehrung unserer Schwierigkeiten war nicht die objektive Gegebenheit der Situation, sondern die Tatsache, daß die Araber von dieser unsinnigen Überzeugung nicht abließen. Was die arabischen Nationalisten natürlich auch weiterhin mit Zorn erfüllte, war der Umstand, daß wir ihrer Forderung, die im wesentlichen auf eine Auflösung Israels hinauslief, unseren Segen vorenthielten. Gerade diese Tatsache aber hielt in den arabischen Ländern die Vorstellung lebendig, daß die Vereinigten Staaten unabänderlich proisraelisch eingestellt seien, und erklärt die stetige Zunahme der anti-amerikanischen Tendenz fast in der ganzen arabischen Welt wegen der Palästinafrage sogar noch nach 1953, als die amerikanische Regierungspolitik damit begonnen hatte, die arabische Sache merklich zu begünstigen.

Rückblickend können wir deshalb feststellen, daß sowohl unser Mangel an Erfahrung als auch die Schwierigkeiten, die aus dem Umstand herrührten, daß unsere Diplomatie via das englische Außenministerium betrieben werden mußte, als auch die arabische Empfindsamkeit in der Palästinafrage die Suche der Vereinigten Staaten nach einer gangbaren Nahostpolitik zum Scheitern verurteilt haben. Das Fehlen einer politischen Konzeption im ersten Nachkriegsjahrzehnt hatte nur deshalb keine katastrophalen Folgen, weil die lediglich auf Einschüchterung und Subvention abgestellte, ständig drohende Diplomatie Moskaus, die Benachteiligung, die wir in diesem Gebiet in Kauf zu nehmen hatten, unser ängstliches Verhalten und unsere irriige Beurteilung der Lage mehr als ausglich.

Die diplomatische Tätigkeit einer Großmacht läßt sich selten mit weniger Worten umreißen, und für Rußland waren offensichtlich viele Erwägungen maßgebend, als es 1945 und 1946 einen Druck auf die Türkei und den Iran ausübte. Aber die Absichten Moskaus waren völlig klar. Es wollte die Sowjetunion im Süden mit der gleichen Art Pufferzone abschirmen, welche der Kreml zur selben Zeit in Osteuropa errichtete. Das ist der Sinn der Aufkündigung des

russisch-türkischen Neutralitätsvertrages im März 1945 durch den Kreml und seiner später erhobenen Forderung nach Militär- und Flottenstützpunkten an den Dardanellen und nach den türkischen Provinzen Kars und Asdahan. Dieses Ziel stand auch hinter der russischen Organisation einer pro-sowjetischen separatistischen Bewegung im persischen Aserbeidschan

Selbst nachdem diese Aktionen gescheitert waren, und Stalin offensichtlich zu der Überzeugung gekommen war, daß es klüger sei, solche Experimente im Nahen Osten nicht noch einmal zu wagen, ließ Moskau nicht von dem Versuch ab, die Staaten dieses Gebietes unter den Druck der Furcht vor einer drohenden sowjetischen Vergeltung zu setzen. Jede Maßnahme eines Nahost-Staates, die nur im geringsten für den Westen günstig war, beantwortete der Kreml sofort mit der Behauptung, sie sei gegen die russischen Interessen gerichtet, während Aufforderungen an die Adresse Moskaus zu konstruktiver Zusammenarbeit oder Hilfe mit eisigem Schweigen aufgenommen wurden. Anstatt die letzten Bindungen der Arabischen Liga an den Westen durch Parteinahme für ihre Sache während und nach dem Palästina-Krieg zu zerschneiden, fuhr Moskau fort, die arabischen Führer kritiklos als „reaktionär“ zu brandmarken. Moskau bestand darauf, so lange nichts mit der Arabischen Liga zu tun haben zu wollen, als bis die Führung in den Händen von „Fortschrittlern“ läge, worunter es die Handvoll arabischer Kommunisten und verkappter Kommunisten verstand, die damals von den arabischen Regierungen noch verfolgt wurden, die aber der Kreml immer noch hartnäckig ermutigte.

Wenn vor 1955 kein Nahoststaat wirtschaftliche oder technische Hilfe vom Sowjetblock erhalten hat, dann nur deshalb, weil weder Rußland noch seine Satelliten entsprechende Angebote unterbreitet haben. Noch machten Rußland oder seine Satelliten den Versuch, dem Nahen Osten militärische Ausrüstungsgegenstände zu liefern — mit der einzigen geringfügigen Ausnahme der Tschechoslowakei, die 1948 einige überflüssige Waffenbestände an Israel verkaufte. Vor allem versuchte Rußland nur einmal, sich einen Anteil an den Ölvorkommen des Nahen Ostens zu sichern — und zwar in Nordiran —. Es ging dabei so ungeschickt vor, daß das iranische Parlament vor Angst über den offenen russischen Druck im Oktober 1947 die auf 50 Jahre geplante Konzession annullierte, bevor sie rechtsgültig wurde.

Andererseits verdienen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten Lob und Anerkennung, weil sie 1945/46 die unbeholfenen sowjetischen Anschläge auf die Türkei und den Iran durch eine starke moralische Unterstützung dieser Länder vereitelt haben. Unser sowohl wirtschaftliches wie auch militärisches Hilfsprogramm für die Türkei war bis 1954 sehr erfolgreich. In den Vereinten Nationen hinderten wir Rußland daran, sich durch die Hintertür des Palästinaproblems einen ersten Zugang zum Nahen Osten zu verschaffen. Als am 25. Mai 1950 die Vereinigten Staaten, England

und Frankreich eine gemeinsame Erklärung über den Waffenverkauf erließen, waren sie in der Lage, den Strom von Kriegsgerät in das kritische arabisch-israelische Gebiet zu regulieren. Die Drei-Mächte-Erklärung garantierte auch die bestehenden Grenzen und Waffenstillstandslinien. Der Ausbruch des Koreakrieges gerade einen Monat später trug weiter dazu bei, die Entschlossenheit der amerikanischen Absichten zu bekräftigen und die Nützlichkeit der Drei-Mächte-Erklärung als Abschreckungsmittel gegen ein Wiederaufleben der Kämpfe zwischen den arabischen Staaten und Israel noch zu unterstreichen. Schließlich wurde 1953/54 durch amerikanische Vermittlung der sich schon über drei Jahre hinziehende englisch-iranische Ölstreit beigelegt und der Modus der Zahlungen, der seit 1950-52 auf dem Prinzip gleicher Gewinnanteile beruhte, von der Ölgesellschaft an die jeweilige Regierung im Nahen Osten beibehalten.

Koloß auf tönernen Füßen

Vom Ende des ersten Weltkrieges an als sich das Osmanische Reich endgültig auflöste, bis zum Ende des zweiten Weltkrieges gehörte der Nahe Osten unzweifelhaft zur westlichen Einflußsphäre. Die Militär-, Flotten- und Luftstützpunkte Englands, die das Gebiet von einem Ende zum anderen wabenartig durchzogen, wurden durch die französischen Garnisonen in Libanon und Syrien ergänzt. Diese Position militärischer Stärke erwies sich im zweiten Weltkrieg für England und seine Verbündeten als lebenswichtig. Aber in den ersten Nachkriegsjahren sind die französischen und englischen Militärregime Stück für Stück abgebaut worden. Der erste Schlag erfolgte 1946, als die Franzosen gezwungen wurden, ihre Streitkräfte aus Libanon und Syrien zurückzuziehen, und weitere Schläge folgten 1948, als die Engländer Palästina aufgaben und 1954-56, als sie aus der Suez-Kanal-Zone abzogen. Jeder einzelne Rückzug stellte einen heimlichen Sieg der Sowjetunion dar, das über die Anwesenheit westlicher Garnisonen, vor allem Luftstützpunkte, an seiner gefährdeten Südflanke — ein Gebiet, um das die Sowjetunion ebenso besorgt ist wie wir um das karibische — niemals sonderlich glücklich gewesen ist. Denn im Nahen Osten grenzt Rußland ohne das angenehme Polster einer dazwischengeschalteten Satellitenzone an die nichtkommunistische Welt.

Während die französische und englische Militärmacht dahinschwanden, unterließen es die Vereinigten Staaten, das entstandene Vakuum zu füllen. Zugegeben, die Türkei wurde im Februar 1952 in die NATO aufgenommen und viele hundert Millionen Dollar sind in die Modernisierung seiner Militär- und Flottenstützpunkte und in die Errichtung einer Kette von Flugfeldern in Anatolien direkt vor Rußlands Hintertür gesteckt worden. Damit war die Türkei militärisch und diplomatisch an den Westen gebunden. Aber an vielen Stellen des Nahen

Alle diese Maßnahmen sind der positiven Seite der Angelegenheit hinzuzurechnen. Aber sie hat auch eine negative Seite, die wir erst in letzter Zeit kennengelernt haben. Daß es uns glückte, das westliche Monopol bei der Ausbeutung der Ölvorkommen des Nahen Ostens aufrechtzuerhalten, hat wenig dazu beigetragen, uns bei seinen Bewohnern beliebt zu machen. Unsere Angebote an die arabischen Länder auf wirtschaftliche und technische Hilfe fanden nicht den Widerhall, den wir erwarteten, weil diese Angebote durch ähnliche Hilfsprogramme für Israel aufgewogen wurden, und die Auswirkungen eines Hilfsprogramms, das den allgemeinen Lebensstandard heben sollte, dazu angetan waren, den privilegierten Status der herrschenden Klassen in einigen arabischen Ländern zu unterhöheln. Unsere wirkliche Schwäche begann sich jedoch erst auf dem Gebiet der Nahostverteidigung herauszustellen, und zwar nicht zuletzt wegen unseres eigenen ungeschickten Benehmens.

Ostens beschränkten sich die Vereinigten Staaten auf zweiseitige militärische Beistandsabkommen, auf ungeschickte Bemühungen, eine regionale Sicherheitsorganisation aufzubauen und auf die Errichtung eines Stützpunktes für schwere Bomber in Libyen und eines weiteren in Saudi-Arabien. Letzterer ist ununterbrochen Gegenstand von neuen Verhandlungen, wobei die Aussichten auf Erfolg kritisch zu nennen sind. Die Luftstützpunkte, welche die in Marokko bestehenden ergänzen, sind errichtet worden, um den globalen „Gebäude-Komplex“ des amerikanischen strategischen Luftkommandos zu befriedigen und Vorsorge für die entsetzliche Möglichkeit eines Weltkrieges mit Rußland zu treffen. Sie sind für Friedenszwecke weder errichtet noch aufrechterhalten worden — wie der Suez-Stützpunkt und die kleineren Garnisonen in der Nähe — d. h. um die Westmächte instand zu setzen, auf die örtlichen Regierungen einen militärischen Druck auszuüben und sie bei der Stange zu halten.

Die Förderung, die wir der Errichtung des Bagdad-Paktes angedeihen ließen, illustrierte sehr anschaulich unseren Wunsch, in diesem Gebiete keine militärische Verantwortlichkeit auf uns zu nehmen. Nachdem John Foster Dulles 1953 das Amt des Außenministers übernommen hatte, gehörte es zu einer seiner ersten Initiativen, den Gedanken eines Verteidigungssystems der nördlich gelegenen Länder für den Nahen Osten zu befürworten. Dieses System sollte die früheren Konzeptionen eines Nahostkommandos und einer Nahost-Verteidigungsorganisation, die sich 1951-52 als unzulänglich erwiesen hatten, ersetzen. Diese Initiative führte schließlich 1955 zum Bagdad-Pakt, der die Türkei, den Irak, Iran, Pakistan und England in einem formalen Militärbündnis zusammenfaßte. Aber weit davon entfernt, sich zu einem furchtbaren Militärintstrument zu entwickeln, hat sich dieses Bündnis als ein Koloß auf tönernen Füßen er-

wiesen. Überall hat es Hornissenester aufgestört und die örtlichen Spannungen vergrößert.

Daß Irak zu den Gründungsmitgliedern des Bagdad-Paktes gehörte, versetzte Israel, das natürlich jegliche Stärkung des arabischen Militärpotentials mit düsteren Blicken betrachtete, in Furcht. Der Pakt erregte die Feindschaft Ägyptens, dessen Militärclique ihre führende Stellung in der arabischen Welt bedroht fühlte. Von Ägypten aus breitete sich die feindselige Haltung nach Syrien, Saudi-Arabien und dem Jemen aus. Die Teilnahme Pakistans am Pakt erregte den Antagonismus Indiens und Afghanistans, die beide in Grenzstreitigkeiten mit ihrem moslemischen Nachbarn verwickelt sind. Die Teilnahme Englands am Pakt erhitzte die arabischen Nationalisten, die glaubten, englischer „Imperialismus“ werde über diesen Umweg wieder aufleben. Und da sich die Vereinigten Staaten — nachdem die Wut einmal erregt war — glatt weigerten, dem Pakt beizutreten, verfiel der Pakt vollends der Lächerlichkeit. Unsere abwartende Haltung schwächte die Entschlossenheit der Nahoststaaten, die dem Westen zuneigten, und stärkte die Entschlossenheit derjenigen, die feindlich gegen den Pakt eingestellt waren.

Diese bedauerlichen Konsequenzen sind natürlich das Ergebnis einer Politik gewesen, die versuchte, den Gedanken der kollektiven Sicherheit, der in Westeuropa angewandt und erprobt worden war, auf den Nahen Osten zu übertragen. Die Planer unserer nationalen Sicherheit beliebten die einfache Tatsache zu übersehen, daß der Nahe Osten Westeuropa in nichts gleicht, weil er weder über die Industrie, erfahrenen Wirtschaftler, Techniker, gelernten Arbeiter noch über die notwendige Finanzkraft verfügt, eine wirklich moderne Armee zu unterhalten, noch kamen unsere führenden Politiker auf den Gedanken, daß eine regionale Militärorganisation nach dem Muster der NATO in einem Gebiet, wo das Gewehr deines nächsten Nachbarn dich mehr beunruhigt als die Krise des Kalten Krieges, nicht hinpaßt. Vor allem verschlossen sie ihre Augen vor der wichtigen Tatsache, daß gerade die für die Stärke der NATO ausschlaggebenden Faktoren, nämlich die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent und die Stationierung amerikanischer Truppen im Nahen Osten — vorausgesetzt, daß wir uns dazu verstehen würden — bei den meisten Staaten dieses Gebietes auf erbitterten Widerstand stoßen würden.

Es ist ohne weiteres begreiflich, warum sich unsere führenden Politiker in Washington standhaft geweigert haben, dem Gedanken einer Stationierung amerikanischer Truppen an kritischen Stellen des Nahen Ostens näherzutreten. Imperialismus ist im Westen nicht mehr Mode. Außerdem haben die Vereinigten Staaten niemals irgendwelche territorialen Ambitionen im Nahen Osten gehabt. Wir wollten vor allem vermeiden, daß die gleiche Abneigung und Xenophobie gegen die Amerikaner entsteht wie bislang gegen den dahinschwindenden Imperialismus der Franzosen und Engländer. Es gehört zur amerikanischen Tradition, das Prinzip der

nationalen Selbstbestimmung zu unterstützen, wo immer es sich kundtut.

Es war für die Vereinigten Staaten offenkundig nicht einfach, sich entweder für eine Unterstützung der Bemühungen unserer Verbündeten, ihre militärische Kontrolle in direkter oder indirekter Form wenigstens für die Dauer des Kalten Krieges aufrechtzuerhalten, oder zugunsten der Forderungen der Nationalisten nach uneingeschränktem Verzicht auf die militärische Kontrolle zu entscheiden. Folgten wir aber unseren Sympathien und entschlossen uns zu einer Unterstützung der Nationalisten, dann würden wir eine Entfremdung Englands und Frankreichs und eine Unterhöhlung der diplomatischen Einheit der NATO riskieren. Hätten wir uns je-

doch dafür entschieden, unseren westlichen Verbündeten treu zu bleiben, dann müßten wir uns mit der Möglichkeit einer Einigung der erwachenden Staaten Asiens und Afrikas gegen den Westen abfinden. Bei jedem Streitfall haben unsere führenden Politiker in Washington versucht, eine mittlere Linie zwischen unseren Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten und unserer Sympathie für die Sache der Nationalisten einzuschlagen. Auf dieser Theorie war unsere Diplomatie aufgebaut. Tatsächlich haben wir uns jedoch immer für den zweiten Weg entschieden. Um ihn für unsere Verbündeten annehmbar zu machen, haben wir die Entscheidungen stückweise getroffen und schließlich fast unfehlbar beide Seiten gröblich verletzt.

Phasen der Vermittlungspolitik

Seit Ende des zweiten Weltkrieges haben die Vereinigten Staaten diese Vermittlungspolitik in verschiedener Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen in Syrien und Libanon, Iran, Ägypten und in den französischen Gebieten Nordafrikas verfolgt. Unsere Mitwirkung bei der Beilegung des englisch-ägyptischen Streites über die Sudanfrage und über den Stützpunkt in der Kanalzone ist das klassische und wichtigste Beispiel für diese Art der Politik.

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg erhob Kairo die Frage nach einer Revision des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936, auf Grund dessen England ermächtigt war, Militärstützpunkte auf ägyptischem Boden zu unterhalten. Die ägyptische Regierung unterbreitete ähnliche Vorschläge mit dem Ziel, ihre Meinungsverschiedenheiten mit England über den bestehenden Status des Sudan zu regeln. Die Verhandlungen schleppten sich dahin und liefen sich immer wieder fest, wobei die Nerven beider Verhandlungspartner stark strapaziert wurden. Die erste reale Chance, dieses Problem zu lösen, bot sich nach dem Militärputsch im Sommer 1952, als der ägyptische Amüsierkönig Faruk zur Abdankung gezwungen wurde und sich die auf den alten Kurs eingeschworenen Politiker zurückziehen mußten. In den sich über die nächsten Monate hinziehenden Verhandlungen spielte der amerikanische Botschafter in Kairo Jefferson Caffery eine führende Rolle. Es war weitgehend seiner Unterstützung der ägyptischen Forderungen zu danken und dem Druck zugute zu halten, den er auf seine englischen Kollegen in Kairo ausübte, daß sich London bereit erklärte (Februar 1953), zuerst die Meinungsverschiedenheiten über den Sudan zu bereinigen und schließlich (im Oktober 1954) innerhalb 18 Monaten den Suezstützpunkt in Abschnitten zu räumen.

Nicht lange nach Beendigung des ausgedehnten diplomatischen Duells machten wir die Entdeckung, daß unser Hauptverbündeter seinen zentralen Militärstützpunkt im Nahen Osten verloren hatte, auf dem die gesamte Struktur seines regionalen Verteidigungssystems beruhte, das für die gesamten westlichen Verteidigungspläne für Europa, Asien und Afrika von so ent-

scheidender Bedeutung ist. In den folgenden Jahren weigerte sich die ägyptische Regierung nicht nur, sich durch Mitarbeit bei der Errichtung eines neuen Verteidigungssystems für unsere Vermittlerrolle dankbar zu erweisen, sondern sie reagierte auf jene neue großzügige Geste unsererseits mit ausgesprochener Arroganz und Geringschätzung. Warum wohl, fragen wir uns mit Recht, ist es zu all dem gekommen?

Seit Ausbruch der Suezkrise im vergangenen Sommer haben wir uns in die Ausrede geflüchtet, Gama Abdel Nasser trage alle Schuld an den neuerlichen Sorgen, die der Westen im Nahen Osten hat. Wenn wir uns gegenüber aber ehrlich sind, müssen wir zugeben, daß wir nur uns allein die Schuld zuschreiben müssen. Die Verhandlungen über den Sudan und den Suezstützpunkt sind nicht das Werk einer Nacht gewesen. Wir hatten genügend Zeit, auf Ägypten einen Druck im Sinne einer entsprechenden Gegenleistung für die englischen Konzessionen auszuüben. Wir hätten darauf bestehen können, daß die Räumung der Kanalzone durch die Engländer mit dem Beitritt Ägyptens, wenn nicht zu einem vom Westen geförderten Nahost-Sicherheitssystem so doch wenigstens zu einer zweiseitigen Militärvereinbarung mit den Vereinigten Staaten gekoppelt werden mußte. Stattdessen beliebten unsere verantwortlichen Politiker in Washington zu glauben, daß mündliche Versprechen auf Zusammenarbeit ausreichend wären und die ägyptischen „Jungtürken“, die 1952 die Macht ergriffen hatten, nichts Böses im Schilde führen könnten.

Die Militärclique, die sich 1952 in Besitz des ägyptischen Deltas gesetzt hatte, bestand aus jungen Armeeeoffizieren, die ihr politisches und wirtschaftliches ABC noch nicht gelernt hatten. Diese Leute brachten zugegebenermaßen frischen Wind in die erstickende Atmosphäre von Bestechung und Nepotismus, die unter Kairos ancien régime geherrscht hatte. Zum erstenmal in seiner modernen Geschichte besaß Ägypten eine Regierung, die offenkundig bereit war, den Interessen nicht etwa einer Klasse, sondern dem ganzen Lande zu dienen. Was dem Regime an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Erfah-

rung offensichtlich abging, machte es durch guten Willen mehr als wett. Die Westmächte, und besonders die Vereinigten Staaten, waren positiv beeindruckt. Doch bestand wenig Grund zur Annahme, daß die Militärclique kooperative Beziehungen zum Westen unterhalten würde, weil sie eine aufgeklärte Innenpolitik betrieb. Tatsächlich führte die Militärregierung, die damals nominell von Generalmajor Mohammed Nagib geführt wurde, während des Sommers und Herbstes 1953 eine starke anti-englische Kampagne als Vorbereitung auf die Wahlen zugunsten einer Selbstregierung im Sudan durch. Als sich die Verhandlungen über die Suezfrage von Oktober 1953 bis Juli 1954 festgefahren hatten, inszenierte der Revolutionsrat (wie sich die ägyptische Militärclique selbst nannte) die feindliche Kampagne in Kairo, die sich sowohl gegen die Vereinigten Staaten als auch gegen England richtete. Unter diesen Umständen war es merkwürdig, daß unsere Diplomaten die Ansicht vertraten, die Militäroffiziere, welche die Propagandakampagne inszeniert hatten, würden sich als weniger nationalistisch oder pro-westlicher erweisen als ihre Vorgänger. Das State Department sollte wenigstens erwartet haben, daß Militäroffiziere, die einen coup d'état gemacht hatten, in der eindeutigen Absicht, dadurch die Korruption in der Armee abzuschaffen, auf jeden Versuch, die Selbstachtung der Armee und damit das Ansehen und Prestige des Landes im Auslande zu beeinträchtigen, außerordentlich empfindlich reagieren würden.

Wie die Dinge lagen, mußte die amerikanische Botschaft in Kairo eine harte Lehre einstecken. Bald nach der Unterzeichnung des Suezabkommens im Oktober 1954 ersuchte der Revolutionsrat die Vereinigten Staaten um Lieferung von schwerem Kriegsmaterial. Washington antwortete positiv. Wie der Kongreß entsprechend dem Gesetz für gegenseitige Sicherheit verlangte, schlug die Regierung ein zweiseitiges Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Ägypten vor, in dem sich letzteres mit den Zielen des westlichen Kollektivsicherheitsabkommens formal assoziieren und Hilfe und Rat von einer amerikanischen Militärmission annehmen sollte. Die ägyptische Militärclique verwarf jedoch diese Bedingungen als gleichbedeutend mit der Wiedereinführung „imperialistischer“ Kontrollen in Ägypten. Als einzige Möglichkeit verblieb Washington daraufhin nur das Angebot einer rückzahlbaren Militärhilfe. Aber Ägypten verfügte nicht über die notwendigen Dollars, um moderne Tanks und Düsenflugzeuge zu bezahlen, auf deren Kauf der Revolutionsrat weiterhin bestand. So gerieten die Verhandlungen in eine Sackgasse. Dieser Zustand dauerte bis zum Abschluß des Abkommens mit der Tschechoslowakei und Rußland im September 1955. Das sowjetisch-ägyptische Waffengeschäft war der Preis, den Washington dafür bezahlen mußte, daß es unterlassen hatte, sich im Herbst 1954 als harter Verhandlungspartner mit Ägypten zu erweisen, als Washington gleich London die Situation noch voll und ganz in der Hand hatte.

Man sollte meinen, daß die Bekanntgabe des sowjetisch-ägyptischen Waffenhandels durch

Oberst Abdel Nasser den für unsere nationale Sicherheit Verantwortlichen einen Ruck gegeben und sie zu einer grundsätzlichen Überprüfung unserer Beziehungen mit Kairo, das wir viel zu nachsichtig und nachgiebig behandelt hatten, getrieben hätte. Die Nachricht von dem großen diplomatischen Erfolg der Sowjetunion traf Washington unglücklicherweise unmittelbar nach dem Herzanfall Eisenhowers, als die Hauptstadt sich in einem ungewöhnlich nervösen Zustand befand. Anstatt angesichts der neuen Situation eine kaltblütige und besonnene Haltung zu bewahren, sandte das State Department hastig den Leiter seiner Nahost-Abteilung nach Kairo, um in letzter Minute zu versuchen, die ägyptische Regierung von dem Weg, den sie bereits beschritten hatte, abzubringen. Anstatt ruhig abzuwarten, bis sich Ägypten an uns wandte, begann Washington mit London im Schlepptau sofort nach dieser völlig nutzlosen Mission auf Kairo einzuwirken, die Finanzhilfe der Westmächte für den Bau des Assuan-Staudammes anzunehmen, um einem eventuellen Angebot der Sowjetunion vorzubeugen.

Unvermeidlich trug dieses Vorgehen dazu bei, Abdel Nasser in der ganzen arabischen Welt das Ansehen eines großen Führers und volkstümlichen Helden zu verschaffen und ihn zu veranlassen, die Forderungen Ägypten auf unser Angebot bezüglich des Assuandammes heraufzuschrauben mit dem Ergebnis, daß sich während des ganzen vergangenen Winters auch hier wieder die Verhandlungen festgefahren hatten. Als sich Ägypten so widerspenstig zeigte, hätten wir als kluge diplomatische Gegenmaßnahme schnell dem Bagdadpakt beitreten sollen. Statt dessen verhielt sich Washington weiterhin abwartend, wodurch sich das sinkende Prestige Englands noch deutlicher abzeichnete und Abdel Nasser die Möglichkeit gegeben wurde, Jordanien unter dem Druck der Angst davon abzuhalten, dem Pakt beizutreten, und es zu veranlassen, dann Glubb Pascha zu entlassen. Die verspäteten Bemühungen von Außenminister Dulles, den vor sieben Monaten begangenen Fehler wieder gutzumachen, indem er am 19. Juli 1956 das Assuandamm-Angebot zurückzog, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als sich Ägypten endlich herbeigelassen hatte, unsere Bedingungen anzunehmen, trieb das diplomatische Pokerspiel auf den Höhepunkt. Am 26. Juli nationalisierte Oberst Nasser plötzlich den Suezkanal, wodurch wir uns einer bis dahin noch nie erlebten Herausforderung unseres Prestiges im ganzen Nahen Osten und darüber hinaus selbst in Südasien gegenübersehen.

Eine Verbesserung unserer Position ist seit dieser Zeit nicht eingetreten. Die Art und Weise, wie Außenminister Dulles den Suezstreit behandelt hat, bot ein verwirrendes Schauspiel amerikanischer Nahost-Diplomatie — wobei in schnellem Wechsel zuerst unsere westlichen Verbündeten, dann Ägypten und schließlich wieder die Verbündeten unterstützt worden sind. Es ist gut möglich, daß Dulles Anfang Oktober in bezug auf einen politischen Stellungswechsel einen Rekord aufstellte, als er die offizielle Niederschrift einer Pressekonferenz abänderte

nur zwei Stunden, nachdem er sie abgehalten hatte, aber doch zu spät, um den Schaden zu verhindern.

Selbst nachdem das sowjetisch-ägyptische Waffengeschäft das Monopol des Westens für den Handel mit modernen Waffen im Nahen Osten zerstört hatte, wäre es den Vereinigten Staaten, England und Frankreich auf Grund der Drei-Mächte-Erklärung von 1950 noch möglich gewesen, ihr Amt als letzte Friedenshüter im explosiven arabisch-israelischen Raum erneut zu befestigen. Als sich im vergangenen Frühjahr die arabisch-israelische Spannung ihrem Höhepunkt näherte, bot sich hierfür eine gute Chance. Noch am 17. April gaben die Russen unmißverständlich zu verstehen, daß sie bereit wären, in der Unterstützung der Araber kurz zu treten, um den Erfolg der Bemühungen der Vereinten Nationen im Sinne einer Milderung der örtlichen Spannungen sicherzustellen. Moskau fürchtete offensichtlich, daß eine ernsthafte Verschlechterung der Lage als Anlaß zur Zurückführung der westlichen Streitkräfte in dieses Gebiet dienen könnte, was es um jeden Preis zu vermeiden wünscht.

Festigkeit in Verhandlungen

Wir haben uns zu fragen, warum wir diese schweren Fehler Ägypten und den Nahost-Ländern gegenüber haben begehen können. Als die Sowjetunion als dynamische Kraft in diesem Gebiet auf dem Plan erschien, just zu dem Zeitpunkt, als die Beziehungen zwischen dem Nahen Osten und dem Westen auf eine völlig neue Basis gestellt werden sollten, häuften sich natürlich unsere diplomatischen Schwierigkeiten. Es hätte des erfinderischen Geistes eines Franklin und Talleyrands bedurft, um unsere Interessen unter solchen Umständen zu verteidigen. Doch dürfte es von den Fähigkeiten unserer Staatsmänner nicht zuviel verlangt sein, für einen schrittweisen und geordneten Rückzug aus den Positionen, die einem Angriff am stärksten ausgesetzt sind, Sorge zu tragen, statt überstürzt die Flucht zu ergreifen.

Nachdem der Westen im Grunde genommen darauf verzichtet hat, für die Sicherheit dieses Gebietes länger zu sorgen, und nachdem er seine Stützpunkte nacheinander aufgegeben hatte, sein Prestige weitgehend zerstört und sein Waffenmonopol gebrochen war, mußte er zu der Erkenntnis kommen, daß er die Nahost-Staaten nicht länger durch einseitige politische Erklärungen bei der Stange halten konnte. Da kaum zu erwarten ist, daß Rußland um der Stabilität im Nahen Osten willen mit uns zusammen geht, werden wir vermutlich einsehen, daß regionale Streitigkeiten und wiederholte Friedensbedrohungen im Nahen Osten am wirkungsvollsten durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geregelt werden können. Die Russen können zwar den Sicherheitsrat als Propagandaforum benutzen und die westlichen Vorschläge durch ein Veto lahmlegen, aber wir können dies umgekehrt auch. Wir können der nicht-sowjetischen Welt klar zu erkennen geben, was

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hätten damals unzweideutig erklären sollen, daß sie beabsichtigten, mittels der Vereinten Nationen die arabisch-israelischen Waffenstillstandsvereinbarungen zu festigen, daß sie aber nicht zögern würden, ihre Truppen einzusetzen, um die Ordnung wieder herzustellen, wenn die Vereinten Nationen ihre Aufgabe nicht erfüllen sollten. Wenn wir auf diese Weise sowohl gegenüber den Russen als auch den Arabern und Israelis unsere feste Entschlossenheit erneut betont hätten, entsprechend der Drei-Mächte-Erklärung den Frieden zu erhalten, dann hätten sich auch die Ägypter wahrscheinlich nicht so herausfordernd benommen. Eine feste Haltung zu diesem Zeitpunkt hätte später mit dazu beigetragen, Abdel Nasser in seine Grenzen zurückzuweisen. Aber da wir diesen Schritt mit Rücksicht auf die Bemühungen der Eisenhower-Regierung, jedes Risiko bezüglich des Einsatzes der amerikanischen Streitkräfte zu vermeiden, nicht getan haben, haben wir den abschreckenden Wert der Drei-Mächte-Erklärung und damit auch unser militärisches Prestige im Nahen Osten völlig zerstört.

uns kürzlich nicht geglückt ist, daß nämlich die Interessen der Nahost-Staaten denen des Westens nicht zuwiderlaufen, sondern in vieler Beziehung mit ihnen übereinstimmen. Wie wir gesehen haben, ist nur der Sicherheitsrat als Forum genügend neutral, um nicht nur die Außenminister der vier Großmächte, sondern auch Ägyptens an einen Tisch zu bringen, damit sie sich hier in einer für Verhandlungen günstigen Atmosphäre mit dem Suez-Streit befassen können.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Russen durch die nachdrückliche Betonung, die sie neuerdings auf die „Ko-Existenz durch Wettbewerb“ gelegt haben, die Initiative in die Hand bekommen haben, dürfte es politisch wohl ratsam sein, die militärische Seite unserer Beziehungen mit dem Nahen Osten fortan hintenanzustellen und dafür die wirtschaftliche zu unterstreichen. Hierbei müssen wir uns darüber klar sein, daß eine Rivalität mit Rußland auf wirtschaftlichem Gebiet uns manchmal zu Maßnahmen zwingen könnte, die streng genommen wirtschaftlich unrentabel sind — ähnlich unseren vorsorglichen Kriegskäufen nicht notwendigen strategischen Materials in neutralen Ländern mit dem Zweck, es dadurch dem Zugriff der Achsenmächte zu entziehen. Durch die Anwendung solcher Praktiken könnten wir eventuellen Tauschabkommen zwischen dem Ostblock und den Nahost-Staaten weit besser begegnen. Wenn wir zum Beispiel gegen Ende 1954 einen Teil der Kairo zugesagten Hilfe in Höhe von 32,5 Millionen Dollar oder auch die ganze Summe für den Ankauf von großen Mengen ägyptischer Baumwolle, von der damals die Lagerhäuser im Nildelta überquollen, verwandt hätten, wären in Washington die Kongreßmitglieder unserer Baumwollprovinzen bestimmt

empört gewesen. Wenn wir uns aber dazu entschlossen hätten, dann wäre der Militärligue Mitte 1955 der Tauschhandel Waffen gegen Baumwolle vielleicht zu riskant gewesen. Die Vereinigten Staaten können auf keinen Fall erwarten, daß sie ihre diplomatische Position in lebenswichtigen Überseegebieten erhalten können, wenn sie auf jeden innenpolitischen Druck Rücksicht nehmen.

Noch wichtiger ist es für uns, zu begreifen, daß die Erweiterung der bedingungslosen wirtschaftlichen oder technischen Hilfe auf diese Länder unter Umständen von Wert sein könnte — nicht um sofort Freunde zu gewinnen, sondern wegen der indirekten Vorteile auf lange Sicht — daß aber bedingungslose diplomatische Vermittlungsbemühungen völlig wertlos sind, wenn wir die Unterstützung beider Parteien zur Regelung einer Streitfrage gewinnen und zugleich unsere eigenen Interessen bewahren wollen. In der Politik, und zwar auf innenpolitischem wie auf außenpolitischem Gebiet, wird nun mal gehandelt, und das ist auch gar nichts Unehrenhaftes. Wenn wir gerne möchten, daß Ägypten ein zweiseitiges Militärabkommen mit uns schließt, dann hätten wir für wirksame Vermittlungsdienste, die wir gerne leisten würden, den Abschluß dieses Abkommens als Mindestpreis fordern sollen — und zwar im voraus zu bezahlen. Ein zweiseitiges Militärabkommen mit Amerika, was sonst es auch immer sein mag, dürfte kaum, selbst unter Einbeziehung der vom Kongreß aufgestellten Bedingungen als „imperialistisch“ zu bezeichnen sein. Wir hätten deshalb bei unseren Verhandlungen mit Ägypten auf ihm bestehen sollen. Statt dessen haben sich

die Amerikaner der Ansicht der ägyptischen Führer gebeugt, daß harte Verhandlungen unsererseits einem ungebührlichen Drucke gleichkämen, was die Ägypter in ihrem Glauben bestärkte, daß ihre emotionellen Anschuldigungen gegen „amerikanischen Imperialismus“ nicht ganz zu Unrecht seien.

Daß wir die Lebensinteressen, die wir in diesem Gebiet haben, niemals klar umrissen haben, hat unsere Suche nach einer gangbaren Nahost-Politik ebenfalls beeinträchtigt. Zwei gegensätzliche Behauptungen sind für die von Washington in den letzten Jahren verfolgte Politik bestimmend gewesen. Nach der einen ist der Nahe Osten für die westliche Welt wegen seiner Ölvorkommen, Stützpunkte und strategischen Lage als Durchgangsgebiet der Hauptverbindungslinien zwischen Europa, Asien und Afrika unersetzlich. Nach der zweiten ist der Nahe Osten gegen einen sowjetischen Angriff nicht zu verteidigen. Deshalb müßten wir ein zu starkes militärisches Engagement in diesem Gebiet vermeiden.

Dieses Paradoxon führte zu einem Schwebestand, der in der Situation eines Kalten Krieges untragbar ist. Nichtsdestoweniger unterließen wir es, unsere Auffassung von den Interessen des Westens im Nahen Osten zu revidieren. Wir haben weder erklärt, daß wir auf die Interessen verzichten könnten und uns mit den unvermeidlichen Folgen abfinden würden, noch haben wir uns energisch bemüht, einen Weg ausfindig zu machen, wie sie wirksam zu verteidigen wären. Als wir an die unvermeidliche Weggabelung gekommen waren, haben wir statt

dessen die Entscheidung hinausgeschoben und versucht, uns preislich in beschränktem Umfange gleichzeitig zu engagieren und gleichzeitig herauszuhalten.

Unser größter Fehler ist jedoch unser naiver Glaube gewesen, wir könnten die Bewohner des Nahen Ostens dazu bringen, uns deshalb zu lieben, weil wir ihnen viel Geld oder Flugzeuge geben oder versprechen, ohne Bedingungen daran zu knüpfen. Überall auf der Erde haben wir um Popularität gebuhlt, aber nirgends ist diese Neigung deutlicher zutage getreten als in unseren Beziehungen zum Nahen Osten. Wir haben die Araber lediglich davon überzeugt, daß wir kindliche Verhandlungspartner, ja, daß wir Narren sind, die wie reiche Touristen in einem orientalischen Bazar betrogen werden wollen. Wir müssen begreifen lernen, daß wir mit üppigen Geschenken bei den Arabern keine Freunde erwerben, denn für sie haben wir den doppelten Nachteil einer engen Verbindung zu England und Frankreich und der Sympathie zu Israel — so sehr auch die Araber diesen letzten Faktor übertreiben mögen.

Das äußerste, was wir angesichts der Ungeheimheiten unserer Politik im Nahen Osten und vor allem in der arabischen Welt erhoffen konnten, war Achtung. Achtung aber hätten wir und werden wir in der Zukunft nur durch eine feste, bestimmte und unzweideutige Haltung erwerben können, die jedem im Nahen Osten, in der NATO und im Ostblock klar zu erkennen gibt, wo wir stehen und was wir zu tun bereit sind, um unsere Lebensinteressen in der arabischen Welt zu verteidigen.

D. W. BROGAN

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Lichte der amerikanischen Innenpolitik

Der folgende Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Zeitschrift „INTERNATIONAL AFFAIRS“, April 1957, herausgegeben durch das Royal Institute of International Affairs, Oxford University Press, entnommen.

Ich habe keine prophetischen Gaben und als diese Vorlesung geplant wurde konnte ich nicht voraussehen, daß sie in der Atmosphäre stattfinden würde, die uns leider heute umgibt. Ich wählte den Titel nur in der Absicht, die politischen Aspekte der amerikanischen Außenpolitik zu untersuchen. Es läßt sich jetzt nicht vermeiden, zu gewissen Vorkommnissen, die sich inzwischen abgespielt haben, Stellung zu nehmen, doch will ich versuchen, objektiv zu bleiben.

Ich glaube, eine Feststellung ist gleich zu Anfang notwendig. Die meisten britischen Kritiker übertreiben die Bedeutung des Einflusses der Innenpolitik auf die amerikanische Außenpolitik.

Erstens glaube ich, daß die Außenpolitik in einem Wahlkampf nur äußerst selten eine wichtige Rolle spielt; das Interesse an der Außenpolitik schwankt und nur selten geraten die Parteien oder die politischen Persönlichkeiten über Fragen der Außenpolitik aneinander. In der Tat ist es eine, bis zu einem gewissen Grad berechtigte Klage der Sprecher des amerikanischen rechten Flügels, daß das amerikanische Volk nie Gelegenheit habe, über Fragen der Außenpolitik zu entscheiden, weil sich die Kandidaten beider Parteien auf diesem Gebiet einig sind — oder, um es in der unverblühten Sprache des Mittelwestens, die ich oft selbst gehört habe, auszudrücken: „weil sie Verräter aufstellen.“ Viele Amerikaner stehen der Außenpolitik der Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren feindlich gegenüber; vielleicht auch jeder Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Diese Auffassung ist nicht unwichtig; trotzdem müssen wir hinnehmen, daß bei der Auseinandersetzung zwischen den Parteiführern, über die Außenpolitik selten Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Tatsache ist, daß dem amerikanischen Wähler bei Präsidentschaftswahlen nicht nur keine Gelegenheit geboten wird, zwischen Persönlichkeiten mit verschiedenen Ansichten über die Außenpolitik zu entscheiden, sondern es wird ihm überhaupt keine Gelegenheit zur Diskussion außenpolitischer Probleme geboten. Während der Wahlkampagne hat Mr. Stevenson wohl von Zeit zu Zeit Fragen der Außenpolitik erörtert,

insbesondere über die Einstellung von Atomexplosionsversuchen. Gegen Ende des Wahlkampfes setzte er sich auch mit gewissen Mängeln der Politik der Eisenhower-Regierung auseinander; aber er nannte die Außenpolitik nicht das Hauptproblem der Zukunft der Vereinigten Staaten.

Wir können zwei Gründe für diese Sachlage anführen. Der erste liegt darin, daß Stevenson eine große Anzahl lokaler Streitfragen erörterte, denen man keinen internationalen Charakter zugrunde legen konnte; der zweite Grund ist die Art der Kritik, die er an gewissen Aspekten der Eisenhower Regierung übte — oder geübt hätte; zum Beispiel an einer Verteidigungspolitik, wie sie Mr. Finletter und Senator Symington verlangten und die bei den Demokraten ebenso unpopulär gewesen wäre wie bei den Republikanern. Die Anhänger beider Parteien neigten zu einer günstigen Beurteilung der Weltlage.

Die demokratische Partei, die in ihrem Wahlprogramm erhöhte Leistungsfähigkeit des Pentagons, Bereitschaft für den möglichen Fall eines dritten Weltkrieges und eine ausgerüstete, bereitstehende Armee für einen kleineren Krieg in Korea gefordert hatte, befand sich jetzt in einer peinlichen Lage, denn sie war der Mei-

nung, der Koreakrieg sei eine der Hauptursachen ihrer Wahlniederlage im Jahre 1952 gewesen und keinesfalls sollte ihr das Omen einer kriegslustigen Partei anhaften. In allen Ländern der Welt leben eine große Anzahl Menschen die glauben, eine Sache, die man ignoriert, existiert auch nicht. Die Republikaner aber waren zurecht davon überzeugt, daß das Versprechen, den Koreakrieg zu beenden, mehr als alles andere zu ihrem Wahlsieg im Jahre 1952 beigetragen hatte. Dies ist der zweite Grund für die Vermeidung einer Diskussion über die Außenpolitik durch die Parteien.

Ich glaube nicht, daß Mr. Dulles' Entschluß, sich nicht am Wahlkampf zu beteiligen, eine positive Auswirkung auf die amerikanische Innenpolitik gehabt hat. Er nützte diese Immunität nicht dazu, eine aktive Politik zu treiben die anders geartet gewesen wäre als die, die er ohnehin verfolgen wollte. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß sich der offizielle Beauftragte für die amerikanische Außenpolitik vom Wahlkampf fern hielt, indem er ostentativ ablehnte, „an ausschließlich politischen Gesprächen teilzunehmen“. Infolgedessen hatte die amerikanische Öffentlichkeit keine Veranlassung, sich mit außenpolitischen Fragen auseinanderzusetzen.

Die nationalen Gruppen

Wollen wir nun zu den Plattformen vorstoßen, auf denen, in gewissem Sinne, Außenpolitik tatsächlich erörtert wird. England neigt dazu, den Einfluß gewisser nationaler Gruppen auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu übertreiben. Es wird leicht übersehen, daß die Gruppen sich gegenseitig aufheben, daß sich nur äußerst selten Wahlprogramme aufstellen lassen, bei denen man sicher mit einem Zuwachs an Wählerstimmen rechnen kann und gleichzeitig ebenso bestimmt weiß, daß man keine verlieren wird. Politiker sind sich dessen bewußt und können daher in einer örtlich begrenzten Wahl um lokale nationale Gruppen werben. Über die lokale Ebene hinaus aber finden sie es gefährlich. Jeder leidlich gut informierte Politiker wird darauf achten, daß bei der Aufstellung der

Liste für Regierungsämter, die einzelnen wichtigeren Wählergruppen durch ihre Kandidaten vertreten sind. Das bedeutet jedoch nicht, wie manchmal leichthin angenommen wird, die unbedingte Unterstützung der Politik des Herkunftslandes solcher Gruppen. Eine große Zahl Einwanderergruppen in den Vereinigten Staaten haben recht unliebsame Erinnerungen an das Land, das sie verließen. So waren während des ersten Weltkrieges viele Deutschamerikaner Deutschland sehr feindlich gesinnt, weil sie — oft fälschlicherweise — der Meinung waren, ihre Großeltern hätten Deutschland als politische Flüchtlinge verlassen müssen. Das trifft ebenso für andere nationale Gruppen zu.

Das Bild, das diese, von ihrem Gewissen zur Flucht Getriebenen, sich von sich selbst als

Flüchtlingen machen, ist in vielen Fällen falsch; aber als politischer Machtfaktor trägt es zur allgemeinen amerikanischen Abneigung und zum Mißtrauen gegen Europa bei. Wenn wir also die einzelnen Gruppen aufzählen, wollen wir damit keineswegs sagen, daß sie Anhänger ihres ehemaligen Heimatlandes sind. In vielen Fällen betrachten sie sich als Menschen, die mit Recht den sündigen Staub Europas von ihren Füßen abschüttelten und eine bessere Welt betraten, in der die Verbrechen der alten Welt nicht begangen werden. Nichts könnte zum Beispiel törichter und oberflächlicher sein als anzunehmen, Menschen rein britischer Herkunft seien zwangsläufig anglophil. Viele Leute glauben sich berechtigt und berufen, in ihrem Herzen altüberkommene antibritische Gefühle zu pflegen; sonst, so meinen sie, üben sie Verrat an ihren revolutionären Ahnen.

Ich will nicht behaupten, daß nationale Gruppen nicht auch auf höherer Ebene eine wichtige Rolle spielen. Es kann in der Tat geschehen, daß die Wesensart eines Staates der Union durch diese Gruppen geändert wird, weil sie ein freundschaftliches Verhältnis zu ihrem Mutterland bewahrt haben. Im Jahre 1940 war zum Beispiel die oberste Führung der demokratischen Partei sehr überrascht, als eine Gallup-Umfrage erbrachte, daß ihre Partei bedeutende Fortschritte im Staate Maine aufzuweisen hatte. Sie kamen trotzdem zu dem Schluß, daß sie niemals in Maine die Wahlen gewinnen könnten, daß die Zahlen falsch sein müßten — und so unternahmen sie nichts. Später, als die Wahlen stattfanden, verloren sie nur ganz knapp. Sie entdeckten, daß ein großer Teil der Bevölkerung von Maine erst kürzlich aus Kanada eingewandert war und in dieser besonderen Wahl des Jahres 1940, als die Demokraten am Ruder waren, wählten diese Kanadier die demokratische Kandidatenliste, um damit ihrer Sympathie mit der Politik der beiden Länder Ausdruck zu verleihen. Aus den gleichen Gründen gewannen die Demokraten im Jahre 1956 die Wahlen in Maine. Es war allerdings nicht die Präsidentschaftswahl; prüfte man die Verteilung der Stimmen, so war dieses Resultat fast ausschließlich den französisch-kanadischen Wählern zuzuschreiben.

In ähnlicher Weise verfahren in anderen Gebieten deutsche Wählergruppen, die noch heute das Eingreifen Amerikas im Ersten Weltkrieg verurteilen, wie zum Beispiel in North Dakota und in einigen Teilen von Minnesota. Sie sind hartnäckig und stimmen immer noch gegen die Kandidaten, die sie als „britisch“ empfinden, ganz einfach weil sie den Ersten Weltkrieg nicht vergessen können. Oft wissen die Leute hier in England nicht, daß der große Einfluß des Senators MacCarthy im Staate Wisconsin tatsächlich auf diesen alten deutschen Volksgruppen fußte, die die größten Feinde der „Kriegshetzer“ waren und seither eigentlich Feinde jedes gewählten Präsidenten geblieben sind. Der Politiker wird alles dran setzen, diese nationalen Gruppen nicht zu reizen; aber oft halten sie sich das Gleichgewicht. Mr. Max Beloff hat mich darauf aufmerksam gemacht,

daß eine der größten, wenn auch unerkannten nationalen Gruppen, die britische ist. Wenn daraus auch nicht folgt, daß Menschen echter oder vermeintlicher britischer Herkunft unbedingt pro-britisch eingestellt sind, so ist andererseits kaum anzunehmen, daß sie bewußt derselben Linie folgen werden wie die Deutschen und andere Gruppen, es sei denn, das Gesetz führt sie auf gleichem Weg. Man empfindet eine aufrichtige Zuneigung für England, die ihren Ursprung nicht im Völkischen, sondern im Kulturellen hat. Diese Sympathie ist ein äußerst wichtiger politischer Faktor, den kein Politiker ungestraft übersehen kann. Ich will nicht behaupten, daß der amerikanische Politiker die nationalen Gruppen bei Gemeindewahlen, oder sogar bei Wahlen zum Kongreß übersieht — ganz und gar nicht. Aber die Befriedigung, die seine Aufmerksamkeit bei ihnen auslöst, wirkt

sich nur ganz lokal begrenzt aus; sie beeinflußt in keiner Weise die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Der Politiker wird dafür sorgen, daß Herr X gewählt wird, weil er Pole ist; ein anderer wird aufgestellt, weil er Italiener, noch ein anderer, weil er Neger ist. Aber das bedeutet durchaus nicht, daß Mitglieder des Kongresses oder gar Senatoren der Vereinigten Staaten diese politische Linie weiter verfolgen, wenn sie einmal in Washington gelandet sind. Für einen klugen Politiker wäre es zu gewagt, sich darauf zu beschränken, einer nationalen Gruppe den Vorzug zu geben und damit für eine Außenpolitik einzutreten, die beim Volk nicht allgemein beliebt ist. Ein unüberlegter Politiker kann es einmal wagen, aber dann wird er das nächste Mal nicht wieder gewählt.

Der Sieg des Präsidenten

Wollen wir uns an Hand dieser allgemeinen Betrachtungen nun fragen, was die besonderen Merkmale des letzten Wahlkampfes waren und welche Vermutungen in bezug auf die, von der Innenpolitik beeinflusste, amerikanische Außenpolitik aufgestellt werden können? Erstens bin ich davon überzeugt, daß im Jahre 1956 wie im Jahre 1952 die Stärke Eisenhowers in der ihm allgemein zuerkannten Fähigkeit lag, den Vereinigten Staaten den Frieden zu erhalten. Manchen wird es vielleicht verwundern, aber ich halte es für richtig zu behaupten, daß, angefangen von den Genfer Konferenzen, die auf höchster Ebene geführt worden waren, bis fast hin zum September 1956, jedenfalls aber bis Posen (Posen), die amerikanische öffentliche Meinung sich in erschreckendem Ausmaß einer optimistischen Auffassung der Außenpolitik Sowjetrußlands näherte. Ich war im vorigen Herbst in Amerika, als die russische Bauerndelegation durch die Staaten des Middle West reiste. Als man dort zu entdecken meinte, daß der Russe doch ein Mensch sei, daß er eine Kuh von einem Ochsen unterscheiden konnte, daß er sogar eine gewisse Kenntnis über landwirtschaftliche Maschinen besaß, schlug bei vielen die panische Angst vor der russischen Politik in den Glauben um, sie seien doch genau so wie wir. Ich kenne Leute, die damals überzeugt waren, die russische Politik habe sich grundlegend geändert und es sei die Zeit gekommen, eine Reihe von Abkommen durch die führenden Männer der beiden bestimmenden Großmächte, nämlich der UdSSR und der Vereinigten Staaten zu treffen. General Eisenhower könne das erreichen, war er doch Marschall Schukow's Kriegskamerad. Diese Überzeugung ist eine der Quellen der Stärke General Eisenhowers und des erstaunlichen und paradoxen Sieges, den er errang.

Warum sage ich paradox? Erstens natürlich, weil es das erste Mal in hundert Jahren ist, daß ein Präsident ohne Unterstützung des Kongresses gewählt worden ist. Wir haben in der Geschichte keine echte Parallele aufzuweisen. Im

Jahre 1848 wurde General Zachary Taylor durch einen Zufall gewählt, während die jetzige Wahl den größten politischen Erdrutsch in der amerikanischen Geschichte darstellt. Das ist die eine Seite des Paradoxon.

Die zweite ist die Verteilung der Sitze im Senat und im Kongreß. Soweit ich beurteilen kann, ist es nicht richtig zu behaupten, Mr. Eisenhower hätte einen gewissen Typ Republikaner, der ihm besonders gut gesonnen war, hereingebracht. Man kann wohl einige Fälle aufzählen, in denen Mr. Eisenhower dies getan hat, wie zum Beispiel Mr. Sherman Cooper im Staat Kentucky, der nur unter dem starken Druck Mr. Eisenhowers dazu bewogen wurde, die Botschaft in Indien zu verlassen und sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Der republikanische Senator Chapman Revercomb wurde nur auf Grund der Skandale innerhalb der demokratischen Partei von West Virginia gewählt. Er ist ein so verbissener Isolationist und in manch anderer Beziehung so ungeeignet als Senator der Vereinigten Staaten, daß es Gouverneur Dewey im Jahr 1948 ablehnte, für ihn die Wahlkampagne zu führen und ihn auch in seinem eigenen Wahlkreis nicht unterstützte. In ähnlicher Weise wurden auch andere Senatoren, wie zum Beispiel Mr. Dirksen vom Staate Illinois, gewählt, dessen Bekehrung zur Außenpolitik Eisenhowers erst jüngsten Datums ist. Der politische Erdrutsch war aber nicht stark genug, um einem Mann wie Senator Duff in Pennsylvania zum Sieg zu verhelfen, der doch in Fragen der Außenpolitik dem Präsidenten stets treu gefolgt war.

In dem bemerkenswerten Buch von Mr. Donovan *) (bemerkenswert, weil es aufzeigt, wie weit und nachgiebig die Grenzen des Begriffs „geheim“ bei den Amerikanern sind), lesen wir, daß Mr. Nixon, nach den Wahlen von 1954, bei denen die demokratische Partei im Kongreß siegreich blieb, erklärte, dieser Sieg sei vorteilhaft, weil er die Durchführung der Außen-

*) The Inside story, von Robert H. Donovan, New York, Harper & Brother, 1956, S. 283-4.

politik des Präsidenten erleichtern würde, was im Fall eines Sieges der republikanischen Partei nicht der Fall gewesen wäre. Und dabei hatte Nixon doch nichts gescheut, um diesen Sieg zu verhindern. Mr. Nixon sprach sehr offen und diese Ansicht ist wahrscheinlich auch zutreffend. Dafür können verschiedene Gründe aufgeführt werden. Es ist zum Beispiel bekannt, daß die Hochburgen der Republikanischen Partei zum größten Teil in isolationistischen Gebieten liegen, so daß die älteren Mitglieder der wichtigen Ausschüsse Veteranen sind, die dazu neigen, ihr politisches Ideal in Präsident Harding und Präsident Coolidge zu sehen. Andererseits war der Süden, der die meisten demokratischen Führer in den Kongreß entsendet, seit den Tagen Woodrow Wilsons im allgemeinen international ausgerichtet. Man muß also hinter dem paradoxen gemeinsamen Sieg Eisenhower-Demokratische Partei weder eine besondere Richtung der Außenpolitik vermuten, noch, auf Grund der Verschiedenheit ihrer politischen Färbung befürchten, daß das politische Leben durch Auseinandersetzungen zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß paralytisch wird.

Wo liegen die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen ihnen? Wo die Möglichkeiten einer unwiderstehlichen Kraft oder eines unüberwindlichen Hindernisses? Wir müssen uns vor allem daran erinnern, daß der Präsident vieles tun kann ohne den Kongreß zu befragen. Dem Kongreß steht kein Mittel zur Verfügung, die Führung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu übernehmen. Ein mittelmäßig begabter Präsident in schwacher politischer Stellung, der nichts tut, kann nicht gezwungen werden, irgend etwas zu tun. Er kann wohl daran gehindert werden, gewisse Dinge, die ihm am Herzen liegen, auszuführen, besonders wenn sie Geldausgaben mit sich bringen; aber zunächst steht die Tatsache fest, daß die Planung und die Durchführung der amerikanischen Außenpolitik hauptsächlich von den Wünschen des Präsidenten bestimmt werden.

Wird nun der Präsident als Parteichef handeln? Wenn er es tut, wird er sich vielen unnötigen Schwierigkeiten aussetzen. Das war bis zu einem gewissen Grad während der ersten Amtsperiode Präsident Eisenhowers der Fall, weil Eisenhower in der Tat als Parteichef handelte, aber als unfähiger. Er entfremdete sich die Demokraten ohne die Republikaner für sich zu gewinnen. In den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit billigte er die verheerende Personalpolitik, die von Mr. Scott Mc Leod unter der Aufsicht Mr. Dulles' im Auswärtigen Amt getrieben wurde. Er ließ sich verschiedentlich zu Handlungen zwingen, indem er törichtes Gerede zuließ, sich aber gleichzeitig nicht fortlaufend mit den demokratischen Führern beriet, wie Mr. Truman es mit den republikanischen getan hatte. Damit entfremdete er sich und verärgerte er die Führer des Kongresses und des Senats.

Die zweite Konsequenz und eine, die sehr wichtig werden kann, wenn zum Beispiel Mr. Nixon Präsident wird, ist der unter den demokratischen Führern weitverbreitete Glaube, daß

die Republikaner gegen sie gerichtete Anklagen des Verrats geschickt ausgenützt haben. Diese Auffassung hat einen leftigen Groll ausgelöst, der noch weiter besteht. Viele bedeutende Senatoren sind noch heute überzeugt, daß sie selbst, ihre Partei, Mr. Roosevelt, Mr. Truman durch die Art des republikanischen Feldzuges, der sich gegen die kommunistische Infiltration gerichtet hatte, verleumdet worden sind. Folglich wird Mr. Eisenhower in seiner zweiten Amtsperiode in irgendeiner Form mit diesen demokratischen Führern Frieden schließen und sie überzeugen müssen, daß sie das Wesen des Angriffs gegen sie mißverstanden hätten. Er hat bereits in der zweiten Hälfte seiner ersten Amtszeit solche Versuche unternommen. Da die jüngsten Ergebnisse bewiesen haben, daß die demokratische Partei für sich allein viel stärker ist als die republikanische Partei, wird diese Aufgabe leichter sein, als wenn die Demokraten, nachdem sie bereits die Präsidentschaftswahlen verloren haben, auch im Kongreß eine Niederlage erlitten hätten. Die demokratischen Führer, die diesen Feldzug überlebt haben, dürfen hier ruhig großzügig sein.

Der nächste schwierige Punkt in der Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und dem demokratischen Kongreß ist natürlich die Tatsache, daß die Demokraten zweifellos eine Untersuchung der Eisenhower-Verwaltung einleiten werden. Das bedeutet, daß beträchtliche Zeit des Parlaments, besonders des Senats, auf die Untersuchung der Tätigkeit verschiedener Bundesbeamter und des Auswärtigen Amtes verwendet werden wird. Auch Propagandaorganisationen, Hilfe für andere Länder usw. werden unter die Lupe genommen werden. Wir wollen das nicht allzu ernst nehmen. Wir dürfen uns darunter nicht eine parlamentarische Zensur der Verwaltung vorstellen. Es ist eine Parteizensur (ich will damit nicht sagen, daß sie nicht genug Stoff zur Kritik finden werden; das werden sie bestimmt); aber vergessen Sie nicht, daß das amerikanische Volk eben solches vom Parlament erwartet, und sie erwarten es in erhöhtem Maß, wenn der Kongreß der Gegenpartei angehört. Alles das erschüttert aber nicht im mindesten

ihren Glauben, daß der einzige wichtige amerikanische Beamte, mit dem sie sich zu befassen haben, der Präsident selbst ist. Wenn auch die Dulles-Aktien fallen, was gewiß geschehen kann, wenn sogar die Pentagon-Aktien fallen, wenn erkannt wird, daß gewisse Seiten der amerikanischen Verteidigungspolitik zu sehr unter dem Einfluß von Mr. Humphrey, dem Finanzminister, stehen, so ist das alles doch nicht einer parlamentarischen Regierung, die eine schlechte Geschäftsführung zugeben muß, gleichzustellen.

Während der ersten Amtsperiode Eisenhowers fiel besonders auf, bis zu welchem Grade Menschen, die vieles, was getan oder unterlassen wurde, scharf verurteilten, den Präsidenten selbst mit aller Kritik verschonten. In Privatgesprächen wurden freilich oft genug anstößige und verletzende Bemerkungen über sein Benehmen beim Golfspiel oder sonstwo gemacht. Aber das Bild des Präsidenten, wie es in der Öffentlichkeit lebt, kontrastiert mit derartigen privaten Äußerungen. Soweit ich es übersehen konnte, gab der durchschnittliche Wähler, auch der demokratische, niemals dem Präsidenten die Schuld für Mißerfolge; hingegen gaben sie ihm die Ehre für alle Erfolge und lenkten die Schuld für Fehler auf andere ab. Vergessen wir nicht, daß dies nicht ganz unverdient ist. Mr. Eisenhower ist ein scharfsinniger Politiker. Er ist es seit 30 Jahren. Auf diesem Wege wurde er nicht nur Präsident sondern auch General. Er begann seine aktive militärische Laufbahn als Lobbyist für General MacArthur, und ich glaube, der Vergleich der politischen Gewandtheit dieser beiden Männer ist zulässig, wenn wir bedenken, daß Major Eisenhower jetzt Präsident der Vereinigten Staaten ist und General MacArthur Geschäftsführer in der Firma Remington-Rand. Mr. Eisenhower ist seit 30 Jahren mit dem Parlament vertraut; viele seiner militärischen Talente sind eigentlich politische Talente. Wenn er auch im eigentlichen Sinn kein Berufspolitiker ist, wie es Mr. Truman war oder Mr. Dewey es heute ist, so ist er doch ein geschickter Politiker, und im ganzen gesehen, ein weiser Mann.

„Handel nicht Hilfe“

Der Öffentlichkeit erscheint vieles was er getan hat, als Wiedergutmachung des Schadens, den andere angerichtet haben. Es wird zum Beispiel seinem Einfluß zugeschrieben, daß Amerika die Franzosen im Krieg gegen Indochina nicht unterstützte. Ebenso wird er auch in weniger wichtigen Angelegenheiten, wie es zum Beispiel die Ernennung des Verteidigungsministers Charlie Wilson war, nicht getadelt; er wird dafür gelobt, daß er gewisse eigentümliche Dinge, die auf Mr. Wilsons Schuldkonto stehen, wieder in Ordnung bringt. Dieser befahl zum Beispiel vorigen September in einem Anfall von Unmut, daß alle Offiziere in Washington augenblicklich Zivilkleider zu tragen hätten. Das verursachte begreiflicherweise den Sturm von

20 000 Offizieren auf die Zivilschneider von Washington. Jemand lenkte Eisenhowers Aufmerksamkeit auf diese Vorkommnisse. Er war ja selbst Offizier gewesen und kannte aus eigener Erfahrung ihre Finanzlage; überdies wußte er auch, daß amerikanische Offiziere und amerikanische Polizei in Zivil keine gute Figur machen. So widerrief er den Befehl. Dieser Schritt fand, wie er es verdiente, große Anerkennung und er zeigte mit dieser Aktion weit mehr politisches Feingefühl als Mr. Wilson. Das sind zwei Beispiele. Bei einer Auseinandersetzung im Kongreß aber wird er mehr brauchen als seine geschickten Talente, die er als Lobbyist, für die Armee, als Oberbefehlshaber und als Präsident in den letzten vier Jahren gezeigt hat.

Wird er mit der demokratischen Partei und mit seiner eigenen in doktrinäre Schwierigkeiten geraten, wird er sich allgemeinen politischen Schwierigkeiten gegenüber finden, der seine Geschicklichkeit nicht gewachsen ist?

Erstens wird er — leider — auf einem ganz gewissen Gebiet keine Schwierigkeiten mit der demokratischen Partei haben. Im Jahre 1956 stellte die demokratische Partei in Chicago ein weit schlechteres Programm, besonders in der Frage des internationalen Handels auf, als die Republikaner. Viele Leute klagen mit vollem Recht, daß die Eisenhower-Verwaltung, die die Parole „Handel, nicht Hilfe“ an die große Glocke hängt, doch zu wenig unternommen hat, um den Handel zu beleben. Im Fall eines Wahlsieges der Demokraten wäre eine Politik der hohen Zolltarife, für die ihre Partei eingetreten war, eingeführt worden. Diese Tarife waren weit höher als zu irgend einer Zeit seit Mr. Hoover's Amtsperiode. Vielleicht ist das nicht wichtig, im allgemeinen nimmt man an, daß die Wähler keine ernste Verpflichtung auf sich nehmen, wenn sie ein Wahlprogramm unterstützen; es ist immerhin erwähnenswert, daß zu diesem Zeitpunkt das offizielle Ansehen der republikanischen Partei in theoretischen Fragen des internationalen Handels, das der demokratischen Partei leicht übertraf. Allerdings nur theoretisch, nicht in der Praxis. Es wird zum Beispiel angenommen, daß es der Druck der Senatoren der Südstaaten auf Mr. Dulles war, der ihn dazu bewog, plötzlich sein Angebot auf Hilfe beim Bau des Assuan-Dammes zurückzuziehen, denn sie befürchteten damit die Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten für Baumwolle in Ägypten. Aber man kann sich heute nicht mehr darauf verlassen, daß die demokratische Partei automatisch für erhöhten internationalen Handel und niedrigere Zölle eintritt, wie es seit dem Beginn des New Deal der Fall gewesen war. Man könnte nun meinen, weil die demokratische Partei nicht an der Regierung sei, wäre das alles unwichtig. Aber Zolltarife gehören in den Zuständigkeitsbereich des Parlaments.

Zweitens wird sich die demokratische Partei durch Versprechungen Mr. Stevensons, was Atomexplosionsversuche und dergleichen betrifft, kaum gebunden fühlen. Sie kann aber der Meinung sein, daß es im Hinblick auf das Jahr 1960 oder 1958 zu ihrem Vorteil sei, gegenteilige Ansichten zur Verwaltung zu vertreten. Es wäre unaufrichtig, wollte man verschweigen, daß die Tatsache, daß Mr. Eisenhower seine zweite Amtsperiode nicht überleben könnte, der Grund vieler politischer Spekulationen in den Vereinigten Staaten ist. Es kann sein, daß die demokratische Partei darauf aus ist, Leistungen aufzustellen, die nicht gegen General Eisenhower gebraucht werden sollen, der unverwundbar ist, wohl aber gegen Mr. Nixon. Diese unfreundliche und lieblose Haltung ist nun einmal in der Politik üblich und allen Ländern eigen.

Andererseits ist die demokratische Partei durch ihre Vergangenheit an eine Politik der

Intervention gebunden, das für uns in England von großer Bedeutung ist. Sie würden erstaunt sein, wie viele Amerikaner sowohl im ersten wie im zweiten Weltkrieg gegen eine Einmischung waren; sie geben den Rhodes Scholars, den britischen Reisenden, der Presse, der Überredungskunst der Union der englisch-sprechenden Völker und schließlich auch Chatham House die Schuld. Diese Ansicht ist unter der Oberfläche viel weiter verbreitet als wir gerne zugeben wollen. Meiner Überzeugung nach ist der Isolationismus überall in den Vereinigten Staaten verbreitet, wenn auch im Middle West mehr als in anderen Staaten.

Die Demokraten können diesen Trumpf nicht ausspielen, denn sie waren in den Jahren 1917, 1941 und 1950 an der Regierung. Sie müssen die Ansicht vertreten und verteidigen, die Vereinigten Staaten seien eine große Weltmacht. Wenn Mr. Eisenhower sich entschließt, entsprechend zu handeln, das heißt Großes zu wagen und Verantwortung zu übernehmen, kann er, glaube ich, auf die demokratische Majorität in beiden Häusern des Kongresses zählen.

Zum Pazifik hin orientiert

Zum anderen gibt es in diesen Gebieten natürlich viele jüngere Männer die begriffen haben, daß die republikanische Partei sich ändern muß, wenn sie überleben will, daß sie mit solchen Vorurteilen und einer solchen negativ gerichteten Politik gar nicht leben kann. Es wird aber noch etliche Jahre dauern, bis diese Gruppe stark genug ist, die schwere Last der alten Garde abzuschütteln. Wir übersehen auch gern, daß die pazifische Küste nicht isolationistisch, sondern zum Pazifik hin orientiert ist. Senator Knowland ist kein Isolationist; er ist ein Mann, der China oder Asien an die erste Stelle rückt. Er ist vielleicht nicht der klügste Exponent der Politik im pazifischen Raum; aber er glaubt nicht, daß das amerikanische Interesse an der pazifischen Küste der Vereinigten Staaten und auch noch nicht in Honolulu halt machen sollte; er ist überzeugt, daß es China umfassen sollte. Natürlich (dies soll aber nicht lieblos klingen!) verdankt Senator Knowland seine politische Stellung dem Umstand, daß seine Familie eine sehr wichtige Zeitung in San Francisco besitzt. Ich war außerordentlich beeindruckt, als am Tag nach der Aufstellung Eisenhowers zum Präsidentschaftskandidaten, die erste Abendausgabe dieser wichtigen Zeitung nur eine große Schlagzeile brachte: „Polizeirazzia bei Burlesk“. Dieses Nachtlokal hatte während der ganzen Dauer des Convents eine Nacktkult-Vorführung gezeigt und die Behörden waren nie eingeschritten. Im Augenblick als General Eisenhower nominiert war, griff die Polizei zu. Mich überraschte und erstaunte, daß die Aufstellung des Präsidenten erst unter dieser Nachricht gebracht wurde. Die Republikaner an der pazifischen Küste, besonders in Kalifornien, vertreten nicht eigentlich einen isolationistischen Standpunkt, sondern sie befürworten die Umorientierung

Wird ihm das mit seiner eigenen Partei gelingen? Hier spielen das Alter und einzelne Gebiete eine Rolle. In den Oststaaten sind sich, meiner Meinung nach, die republikanische und die demokratische Partei in der Frage der Außenpolitik so gut wie einig. Einer der wenigen noch lebenden Veteranen der alten Schule im Abgeordnetenhaus ist zum Beispiel der 84jährige Mr. Taber von New York, vielleicht der einzige, noch nicht bekehrte, Isolationist in der Gruppe der führenden republikanischen Männer der Oststaaten. Natürlich ist das Alter nicht ausschlaggebend. Senator Green von Rhode Island, das älteste Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten, ist ein überzeugter Internationalist und für seine 89 Jahre erstaunlich lebhaft. Aber, grob gesagt, spielt das Alter doch eine Rolle und, wie ich bereits erwähnte, kommen die älteren republikanischen Führer in der Hauptsache aus dem Middle West und aus Gebieten in denen der Parteikurs den Isolationismus vorschreibt; aus eben diesem Grund werden diese Führer auch gewählt.

amerikanischer (sprich Geldmittel) Interessen zum Pazifik hin. Noch vor kurzem jedenfalls war ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, Rot-China aus den Vereinten Nationen fernzuhalten, und sie hielten an der Hoffnung fest, daß Chiang-Kai-shek oder Madame Chiang-Kai-shek durch ein Wunder wieder als Sieger nach China zurückkehren würden.

Andererseits besitzt die demokratische Partei in diesem Augenblick nicht nur tüchtige Männer im Alter von, sagen wir 38 Jahren (Senator John Kennedy) bis zu 57 oder 58 Jahren (Mr. Stevenson); sie können auch politisch arbeiten. In dieser gleichen Altersgruppe gibt es auch begabte Republikaner wie Mr. Larson und die beiden Mr. Lodges, aber sie sind nicht gewählt, aus örtlich bedingten persönlichen Gründen. Senator Kennedy ist ein viel härterer Kämpfer als Ex-Senator Lodge es war — aber die Tatsache bleibt, daß in dieser Altersgruppe die demokratische Partei durch Gouverneure und Senatoren vertreten ist. Es gibt sehr einflußreiche Gouverneure wie Mr. Williams in Michigan (der eben zum 5. Mal gewählt wurde) und einflußreiche Senatoren wie Paul Douglas, der wohl der einzige Mensch auf Erden ist, der folgende unvereinbare Eigenschaften in sich vereinigt: er ist Quäker, schwer verletzter Oberst der Marinetruppen, Professor der Volkswirtschaft und Senator der Vereinigten Staaten. Er ist einer der begabtesten Senatoren und hat keinen ernsthaften republikanischen Gegenpartner. Eine ganze Anzahl junger Demokraten sind überzeugte Internationalisten; aber sie sind überzeugt, daß die Politik Eisenhowers bis jetzt im allgemeinen jeder Verantwortung aus dem Weg gegangen ist — oder so meinen sie es zu verstehen — und die sehnlichst wünschen, daß die Eisenhower-Verwaltung die Initiative er-

greife. Sie würden auch alles dran setzen, um den Präsidenten dazu aufzustacheln.

Abschließend läßt sich sagen, daß es falsch wäre, zukünftig Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Senat ernst zu nehmen; denn diese werden entweder durch ein post mortem der vergangenen vier Jahre oder, sozusagen künstlich, hervorgerufen werden, um Gewinnpunkte für das Jahr 1960 zu sammeln, wenn Mr. Eisenhower nicht mehr kandidieren wird.

Zweitens dürfen selbst in ernsteren Konflikten, wenn die Untersuchung in die Tiefe geht, wenn es zu einem wirklichen Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten und der Majorität des Senats, oder zwischen dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und dem Außenminister — wer immer er auch sei — kommt, keine parlamentarischen Konsequenzen daraus gezogen werden. Mr. Eisenhower kann wohl am Handeln gehindert, aber nicht zum Handeln genötigt werden. Man kann ihn zu nichts zwingen. In allen Streitfragen und Konflikten müssen wir uns daran erinnern, daß wir während der nächsten vier Jahre stets daran denken müssen, daß die Vereinigten Staaten angefangen haben, das Ausmaß ihrer Macht zu begreifen. An diesem Maßstab gemessen sind wir nicht besonders stark.

Noch ist der Glaube nicht tot, daß nur zwei Großmächte wirklich zählen, nämlich die UdSSR und die USA, und daß es zu einer Verständigung kommen kann, wenn die Vereinigten Staaten geschickt und stark genug sind.

Ist es den Russen gelungen, diesen Glauben zu zerstören? Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen, daß die Eisenhower-Verwaltung oder die demokratische Majorität sich im Kongreß automatisch damit begnügen werden, in der Versöhnung mit uns, in Aufbau und der Weiterentwicklung von Westeuropa, Anfang und Ende ihrer Politik zu sehen. Die amerikanische Politik umspannt jetzt die ganze Welt, sie hat eine neue globale Schau, in der wir einen Platz, wenn auch keinen führenden, haben. Wir werden uns an die Tatsache gewöhnen müssen, daß zu den Hauptstädten, deren Meinung und deren Regierungen beachtet werden müssen, wohl noch lange London zählen wird, aber auch andere Hauptstädte, wie vor allem Delhi und vielleicht auch andere Hauptstädte Asiens werden für die Amerikaner fast ebenso wichtig werden; Länder, die beachtet werden müssen, und Länder, die in dem amerikanischen Weltplan ihren Platz haben werden.

Ich glaube unsere stärkste Hoffnung kann nur die sein, daß die Amerikaner, die ihre Macht zu erkennen beginnen, diese auch mit wachsender Verantwortung einsetzen werden. Es scheint, als könnten sie es nicht tun, ohne uns auf die Füße zu treten, denn sie werden an vielen Stellen unseren Platz einnehmen. Die amerikanische Innenpolitik wird sich nur ganz selten mit einfachen Schlagworten wie Parteien-Vorurteil oder nationalem Vorurteil, Worte, auf die unsere Journalisten ihr ganzes Interesse konzentrieren, erklären lassen.

Ich glaube, die amerikanische Politik wird in den nächsten vier Jahren, zu Recht oder zu

Unrecht, von ureigensten amerikanischen Interessen und Weltinteressen bestimmt werden; und dieser Standpunkt wird zwischen dem Senat und dem Weißen Haus wenig Unterschiede aufweisen, es sei denn, Mr. Eisenhower bleibt völlig untätig oder die demokratische Majorität weigert sich, mit dem Präsidenten zusammenzuarbeiten, bloß weil er, dem Namen nach Republikaner ist

Die Tatsache, die heute so stark betont wird, er könne sich kein drittes Mal aufstellen lassen, ist in gewisser Beziehung ein Nachteil — aber auch wieder eine Hilfe. Es ist wirklich für niemanden schädlich, auch nicht für den Weltfrieden oder für die Einheit der Vereinigten Staaten und die Einigkeit zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten, daß General Eisenhower so hoch über und außerhalb der Auseinandersetzungen steht. Es lohnt sich für die Demokraten nicht, ihn als Präsidenten anzugreifen. Andererseits hat Mr. Eisenhower keinen Anlaß zu hoffen, er könne nach Beendigung seiner zweiten Amtsperiode die Politik seines Landes weiter beeinflussen und deswegen müsse er, koste es was es wolle, einen republikanischen Sieg für das Jahr 1960 sichern. Er wünscht wahrscheinlich einen republikanischen Sieg, aber ich glaube, seine Hoffnung ist vor allem, den Frieden in der ganzen Welt zu fördern, die Vereinigten Staaten zu stärken und erst an dritter Stelle sein Wunsch, daß alles zum Nutzen der republikanischen Partei dienen möge.

Rede in Chatham House, 29. 11. 1956

FRITZ BEHRENDT

Die politische Schulfeier als mitmenschliche Ausdrucksform

Einige Feierstunden gestaltet sich jede Schule. Der Jahreslauf des Schullebens gipfelt zumindest in den beiden Höhepunkten: Weihnachten und Sommerfest. Auch die Schulentlassung ist eine Feierstunde, die sich mit zwingender Notwendigkeit ergibt. Weniger zwingend zeigt sich der Tag der Aufnahme unserer Schulneulinge. Wo er festlich begangen wird, da ist es ein schöner Brauch, der gepflegt werden sollte. Denn Feiern waren und sind eine wirkliche Freude für die gesamte Schulgemeinde. Sie beleben und erfrischen die Arbeit. Sie binden und erheben den Menschenkreis, der an ihnen Teil hat. Sie sind echte Kraftquellen für den Gemeingeist.

Wie aber steht es mit den politischen Feiern in der Schule? — Was geschieht also am 17. Juni (Tag der Freiheit)? Wie wird der 7. September (Geburtstag der Bundesrepublik) und der 10. Dezember (Tag der Menschenrechte) für Schulkinder gestaltet? Wie wird die „Woche der

Brüderlichkeit“ in das Schulleben mit einbezogen? Ein gewisses Unbehagen liegt leider noch immer auf diesen Schulveranstaltungen. Die sogenannte Festansprache ist keine Freude, zumal wenn die Reihenfolge der Redner durch einen Konferenzbeschuß festgelegt wurde. Der bedauernde Sprecher hat oftmals Angstzustände zu bestehen und Kritik zu befürchten. In seinem Schulzimmer vor seinen Kindern, da würde er wohl schon das rechte Wort finden. Aber hier in der Öffentlichkeit der Schulgemeinde? — Er sichtet gewissenhaft den Stoff für seine Ansprache, legt die Formulierungen schriftlich fest und liest dann seine Schreiben sicherheits halber aus seinen Blättern vor. Man bestätigt ihm: Sehr ordentliche Gedanken, sehr gute Beispiele, sehr klare Abstraktionen — aber nicht für Schulkinder! Und es war auch keine Feierstunde, die Jungen und Mädchen unserer Zeit wirklich berührt und anspricht. Also? —

Grundsätzliche Überlegungen

Einige meinen, man sollte die Politik von der Schule fernhalten, sollte den Lebensraum der Jugend vor dieser meist recht unfreundlichen Seite der Erwachsenenwelt bewahren, sollte die jungen, aufblühenden Seelen nicht mit dem Geschrei der Gasse vergiften. Politik verderbe in jedem Falle den Charakter!

Andere sagen: Alle Veranstaltungen dieser Art sind Fremdkörper im Schulleben. Sie interessieren die Jugend nicht, zünden und begeistern nicht. Ein gewisses „Pathos der Distanz“ belastet sie, macht sie unkindertümlich und damit unbeliebt. Der schulfreie Tag ist ihr einziger Reiz für die Jugend und die wirkliche Freude an ihnen.

Auch die Unterscheidung in kulturpolitische Feiern und in allgemeinpolitische wird oftmals wertend vorgenommen, wobei man die erste Art (Tag der Hausmusik, Muttertag, Tag des Buches ...) noch für berechtigt erklärt, wenn auch mit gewissen Vorbehalten. Die zweite wird in ihrer ganzen Struktur, vom staatspolitischen Gedenktag bis zur Feier der Erklärung der Menschenrechte, als nicht in den Aufgabenbereich der Schule passend abgelehnt oder auf höhere Anordnung hin eben (innerlich unbeteiligt) mitgemacht. Schule hat vordringlich zu unterrichten, den Kindern das notwendige Rüstzeug fürs Leben beizubringen, Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Man sollte die Ruhe der Schularbeit in diesen unruhigen Zeiten nicht noch fortlaufend durch überschulische Feiern und Gedenkstunden stören. Heimatfeste würde man allenthalben noch zulassen, zumal Heimatkunde als Fach und als Prinzip im Unterricht üblich ist. Darüber hinaus ist der anzufeiende Kreis für Kinder zu unübersichtlich und somit pädagogisch nicht realisierbar. Verfrühungen sind für Kinder stets eine Gefahr.

Der Ausweg über die Schulfunksendung klappt auch meistens nicht. Die Möglichkeiten, mit Hilfe der Technik eine „Feierstunde der Pannen“ zu erleben, sind noch zu zahlreich. Bei jedem gewöhnlichen Empfang arbeitet das Gerät ganz ordentlich. Aber an solch einem besonderen Tage steckt es voller Tücken, so daß die Lehrkräfte schon reichlich Mühe haben, die äußere Feierlichkeit einigermaßen zu retten. Verstanden haben die wenigsten Kinder etwas. Feierliche Stunde? Besinnung? Gemeinschaftsbildung? — Alle sind sich nach solch einer Stunde stillschweigend einig: daheim hätten wir es viel besser abhören können. Der angeordnete „Gemeinschaftsempfang“ könnte in diesen Schulstunden fröhliche Auferstehung erleben. Und das ist ja auch nicht beabsichtigt, noch erwünscht.

Kurzum: Es sollten keine politischen Feiern in den Schulen veranstaltet werden. Die letzten dieser Art haben einen zu bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Wer weiß, was noch kommen wird. Gebranntes Kind scheut das Feuer — und es tut recht daran.

Es sind Tatsachen: Jeder der heute in unseren Zonen lebenden Menschen hat in seinen Schuljahren an politischen Feiern teilgenommen. Ganz früher waren es „Vaterländische Gedenktage“ (Kaisers Geburtstag, Sedantag ...), dann wurden es „Republikanische Feste“ (Verfassungsfeiertag ...), dann „Nationale Kundgebungen“ (Tag der nationalen Erhebung, Führergeburtstag ...). Jede Staatsform war also mehr oder weniger geschickt bemüht, die Jugend für ihre politischen Grundsätze zu interessieren, sie ihr feiernd einzuprägen und damit zu Eigen werden zu lassen. Der emotionale Bereich ist also von jeder Regierung angesprochen worden. Die Obrigkeit hat zeitweilig sogar sehr streng auf die Teilnahme aller Kinder an diesen politischen Feiern bestanden. Es sei nur an die Kabinettsorder Wilhelm II. vom Jahre 1890 erinnert und an die nationalen Befehle dieser Art nach 1933. Flegelhafte Ausschreitungen, wie beispielsweise bei den Sportwettkämpfen am Verfassungstag 1929, als von den Siegerkränzen die Reichsfarben abgerissen und zertreten wurden, hätten autoritäre Regierungen unzweifelhaft härter gerügt, als es der damalige Kultusminister Becker tat. Er stellte in seinem Erlaß mit tiefem Bedauern das „Fehlen jeglichen Sinnes für Haltung und Selbstbeherrschung“ fest und verlangte dann, daß „die Schule die ihr oft genug eingeschärfte Pflicht positiver staatsbürgerlicher Erziehung nun endlich erfüllt“.

Politische Feiern in der Schule sind demnach eine durchaus übliche Angelegenheit. Besteht dennoch die Gefahr einer Charakterverderbnis

durch die Politik, so sind wir alle von früher her in der gleichen Verdammnis und sollten die Restbestände dieser damals erzeugten Schlechtigkeiten in uns selber zuerst und vordringlich beseitigen. Vielleicht hat dabei die Politik an sich den größten Gewinn und wird endlich wieder zu dem allgemeinen Anliegen, das sie ihrem Wesen nach sein sollte: Das ernste Bemühen um eine sozial gerechte Daseinsordnung und die gemeinsame Regelung der öffentlichen Angelegenheiten zum möglichst Besten.

Die eine Einsicht sollten wir alle in den vergangenen Jahren gewonnen haben: Politik ist unser Schicksal. Wir wissen, was wir zu verlieren haben: die Freiheit — und was wir gewinnen können: die jeden Einzelnen tragende tätige Gemeinschaft. Kinder auch in der Schule schon in natürlichen Gruppierungen leben und lernen zu lassen, ein schlichtes Leben im gutwilligen Miteinander — füreinander ihnen einzugewöhnen, das ist uns als heute gültige pädagogische Aufgabe deutlich genug gesetzt worden. Es ist falsch, den Weg zu diesem Ziel nur mit schönen Reden einzuleiten und mit guten Vorsätzen zu pflastern. Jeder Schultag verlangt von uns eine klare Entscheidung: Freiheit oder Sklaverei, Gemeinschaft oder Herde.

Erziehung und Unterricht in der Schule sind zudem merklich erfolghindert, wenn sie in diesem pädagogischen Raum nicht mit der reinen Belehrung zugleich eine friedfähige Lebensform der Menschen untereinander schaffen und erhalten helfen. Die fortgesetzte Entkörperlichung jeder Gemeinschaftserziehung geschieht dadurch, daß man in der Meinung verharrt, Gemeinschaft könnte „unterrichtet“ werden. Dabei muß der Mitmensch — und ohne den geht es ja nicht in der Gemeinschaft — stets „draußen“ bleiben. Nur wenn die Schule besorgt bleibt, echte mitmenschliche Lebens- und Arbeitsformen in sich zu realisieren, wird politisches Dasein erlebte Wirklichkeit, schweben ihre politischen Feiern nicht mehr im luftleeren Raum, verflüchtigt sich das Schäumen der großen Worte.

Man schaue auch einmal über die Bundesgrenzen, um zu erkunden, wie denn in anderen Staaten politische Feiern gestaltet werden, welchen Platz sie dort im Volksleben einnehmen und welchen Raum man ihnen auch in der Schule gibt. Es ist gewiß, daß dort diese Feiern in der Tradition verankert sind und daß es keines amtlichen Hinweises bedarf, am nationalen Feiertag auf allen Bergen Feuer aufflammen zu lassen. Das geschieht. — Und wo solche Tradition nicht besteht, da sollte man vorsichtig und mit Bedacht beginnen, sie aufzubauen. Mit Druck von oben ist dabei nichts zu erreichen. Sie muß aus Freiwilligkeit in Freiheit wachsen. Hugo Kükelhaus mahnte aus diesem Gedanken die jungen Menschen unserer Zeit:

„Immer denkt ihr an das Fertige. Das steckt euch wie ein Nagel im Kopf. Immer jagt ihr mit hängender Zunge nach dem Effekt ... und seid in einem ewigen Katzenjammer, weil das Ergebnis so weit hinter euren Träumen zurückbleibt. Doch die Wurzel begreift ihr nicht. Ihr verkrampft und verquält euch immer mehr und werdet immer rechtshaberischer. Immer starrt ihr auf ein, wie ihr es nennt, Ziel als Ideal oder Idee. Ihr wißt nicht den Weg zu feiern. Ihr wißt nichts von der Andacht des Weges, und daß eben die Andacht des Weges das Ziel ist und daß es das gefeierte Mittel ist, in dem sich der Zweck erfüllt, von selbst, ohne Gewalt, ohne Jagd.“

Wer den Weg feiert, dem erblüht daraus das Werk! Solange politische Feiern in der Schule als Fremdkörper ihres Lebens empfunden werden, sind sie nicht richtig in den Weg eingelagert worden. Jeder „Gesinnungskult“ wird von der heutigen Jugend spürbarer denn je abgelehnt, jede „Stehkragenfeierlichkeit“ und jede „Zwangsbekehrung“ auch. Wo also diese Schulveranstaltungen noch in der strengen Folge: Lied, Gedicht, Festansprache, Gedicht, Hymne — abrollen, da ist es nicht verwunderlich, daß die Jugend von diesen Alt-Herren-Gewohnheiten nicht angesprochen wird und sich nur auf den schulfreien Tag freut. Es gibt doch so viele Möglichkeiten, diese Feiern zu erhebenden Stunden, zu Höhepunkten gemeinsamen Lebens und Erlebens zu gestalten. Man greife nur pädagogisch mutig hinein ins volle Schulleben und lasse seine produktive Laune auf dem begonnenen Weg sich tumeln.

Eine weitere Überlegung ist hier mit anzusprechen: Der Kampf gegen das politische Schlagwort! Gewisse stereotype Redensarten, zündende politische Parolen, hat es zu allen Zeiten gegeben. Sobald solche Schlagworte sich zu verallgemeinernden Vorurteilen entwickeln, aus der Ebene der echten Kritik in die dunklen Quellen der Volksvergiftungen und der Massenpsychosen absinken, zerfetzen sie jedes gesunde politische Denken und Handeln. Die eigene Kritik- und Urteilsfähigkeit des Staatsbürgers wird geschwächt, ja sogar verdichtet, wenn Schlagwörter in demagogischer Absicht benutzt werden, politische und gesellschaftliche Vorurteile zu entwickeln und zu stützen. Denn „das Vorurteil ist etwas, das unbemerkt Macht über die Menschen gewinnt. Es ist etwas, dem man gehorcht, ohne es selbst gewahr zu werden. Es wirkt wie eine schleichende Geisteskrankheit, die sich erst durch die Früchte, die sie zeitigt, bemerkbar macht. — Vorurteile sind nicht so harmlos, wie sie nach einer kühl-wissenschaftlichen Zerpflückung in ihre Wesensbestandteile anmuten. Sie sind imstande, im Menschen etwas auszulösen, was Tod und Verderben in die Welt bringt.“ (Walter Jacobsen „Lauter Vorurteile“ *). Es genügt also wirklich nicht, nur vom Verstand und vom Verständnis her solche Begriffshülsen zu entkräften. Es muß vielmehr der Erlebnisbereich und seine zugehörigen Tiefenschichten im Menschen berührt und bewegt werden. Das kann die politische Schulfeier in der überlieferten Form nicht erreichen. Ihre Gestaltungsgrundlagen sind zu eng geworden. Und gerade die Jugend in dem plastischsten Abschnitt ihrer Wesensformung darf nicht mit Steinen ernährt werden, wenn reichlich Brot vorhanden ist.

Zusammenfassend ist also zu bedenken: Die politische Feier in der Schule kann nur eine kind- und jugendgemäße Gemeinschaftsstunde sein, die zu einem Höhepunkt im natürlichen Schulleben zu entwickeln ist, wohlüberlegt geplant und vorbereitet werden sollte. Für ihre pädagogisch wirksame Einlagerung sind gewisse Grundfehler zu vermeiden. Sie sind als Wurzeln des Mißlingens in vielfachen Erfahrungen erkannt.

a) Die Übertreibung. Ein gesteigerter Patriotismus, ein Begeisterungsrummel um jeden Preis spielen mit gefährlichen Vermasungerscheinungen. Der emotionale Bereich wird überhitzt. Der reale Boden der Gegebenheiten entschwindet. Jede Stimmungsmache ist der Anfang im Aufblähen buntschillernder Gesinnungsseifenblasen. Sie werden sehr leicht und allzubald wieder zerplatzen, dann eine lähmende

Ernüchterung hinterlassen und eine politische Verdrossenheit zur Folge haben.

b) Die Untertreibung. Wenn die politischen Tatsachen nicht als bewegliche Lebensnotwendigkeiten erkannt und beachtet werden, wenn also der Ohne-mich-Standpunkt der Wachstumsboden für politische Schulfeiern sein muß, dann geht jedes Gemeinschaftsbewußtsein schon im Keim an Unterernährung ein. Aus solcher müden Gedankenlosigkeit kann sich keine bildende Kraft entwickeln. Die Jugend will aber in den Erwachsenen, die ihr als Erzieher zugesellt wurden, diese Kraft spüren, um sich daran zu prüfen und ausrichten zu können.

c) Der Perfektionismus. Ein politischer Coué-Glauben „Es geht uns alle Tage besser und besser“, kann seine Vernebelung der Tatsachen ebensowenig dauerhaft machen, wie die bloße Vergötzung des staatlichen Apparates sein fatales Mißverständnis von politischer Haltung längere Zeit mit Erfolg verdecken wird. Der Nimbus der Uniform sollte im „Hauptmann von Köpenick“ allgemein sichtbar karriert worden sein. Von dieser Basis aus ist heute für die Jugend kein politisches Interesse mehr zu wecken. Denn, so meint sie, was ist noch perfekt? — Statt des hohen Zieles ist der Weg zu feiern.

d) Die Subalternität. Es wird eben recht und schlecht mitgemacht; denn was Brot ich esse, des Lied ich singe. Was von oben gewünscht oder gar befohlen wird, das gilt. Weil keine Kritikfähigkeit besteht, entwickelt sich auch keine Aktivität. Schon die Jugend erkennt und glossiert den Amtsschimmel; denn auf ihm hoppelt ein grinsender Gleisner durch die Zeit. Was kann also von hier aus die politische Schulfeier als aufbauenden Gewinn mitnehmen?

Und dennoch: Die politische Aufgabe für die Lehrkräfte aller Schulen ist die gleiche, in sich nur pädagogisch abgestuft. Sie teilt jedem Erwachsenen, der erziehend mit Kindern umgeht, die beiden Pflichten zu, durch Unterweisungen dem politischen Falschbild das Wahrbild gegenüber zu stellen und in der gelebten Vergemeinschaftung „Schule“ den politisch-praktischen Erfahrungsbereich zu pflegen. Die Schulfeier kann in der Erfüllung dieser Aufgabe nur ein gestalteter Höhepunkt jugendgemäßen Lebens sein. Aber solche Höhepunkte sind wichtig! Es geht nicht an, immer nur unter auf Halbmast gesetzten Fahnen zu arbeiten und zu lernen. Schulfeiern müssen für die Jugend zu politischen Festtagen der Herzen werden.

Gestaltungsvorschläge

Da bietet sich uns vordringlich das Laienspiel an. Es ist der fruchtbare Knotenpunkt von Sprache, Bewegung, Musik und musischem Werken. Es wurzelt thematisch sowohl in verschiedenen Fächern (Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Religion, Heimat- oder Sozialkunde) als auch im Kern eines Gesamtunterrichtes. Es ist eine echte schulische Ganzheit, weil es in seinen stofflichen Gehalten von Kindern erarbeitet und gestaltet werden muß und im Spiel das Miteinander-Füreinander der Kinder vielseitig praktiziert. Für die Zukunft ist keine Pädagogik mehr denkbar, die nicht das Üben und Gewöhnen schlichter mitmenschlicher Umgangsformen vordringlich betreibt und pflegt. Das Laienspiel hat sich beim Nutzen der „menschlichen Zwischentöne“ seinen Platz in der Schule längst gesichert.

Sollte es nicht geraten sein, in der Vorbereitung auf einen politischen Feiertag das Wissen für diesen Tag jeweils in den Klassen bei der Gegenwartskunde, in Gesprächen über tagfällige Ereignisse, im Fach- oder Gesamtunterricht bereitzustellen? Diese klärende Darbietung der Fakten im vertrauten Kreise wird stets eindringlicher und verbindlicher sein, als sie je eine Festansprache zu geben vermag. Damit ist dieser Tag intim eingestimmt und wird als besonderer erwartet. Denn jedes Kind weiß, daß eine Klasse oder Spielgruppe gewillt ist, die Feier vorzubereiten und diese Stunde festlich zu gestalten, vielleicht sogar vormittags für die ganze Schule und abends für die Eltern.

Frage: Gibt es denn schon Spiele für diesen Zweck? — Lehrspiele? Gesinnungsspiele? Gemeinschaftsspiele?

Man fasse den „Zweck“ nicht so eng, das Spiel nicht so dogmatisch knapp und die Feier nicht so erwachsen ernst an. Es gilt, im Fluß des

Schullebens eine politische Stunde zu gestalten, die über dem Alltag steht und die Gemeinsamkeit im Rahmen umfassenderer Lebensformen zum Anklingen bringt. Nur die gutwillige Bereitschaft aller zu einer gemeinsamen Schulfeier kann der Boden sein, auf dem Geben und Nehmen sich fruchtbar auswirken können. Soweit also Laienspiele die menschliche Mitte ansprechen, das mitmenschliche Tun stofflich herausstellen, sind sie für diese politischen Feiern geeignet. Vor neuen pathetischen Prachtschmarren sei dennoch gewarnt. Auch die bloße Deklamation ausgesuchter Starsprecher vermag nicht mehr zu überzeugen. Als gelebte Gemeinschaftsgestaltung aber ist jedes Laienspiel in der Schule an sich schon ein pädagogisch-politischer Akt, den wir bewußt pflegen und sicher anzusetzen haben.

In diese Spielbereitschaft der Jugend — sie ist auf allen Stufen vorhanden — setze man beispielsweise Rudolf Otto Wiemers „Die Brote von Steirn“, ein Spiel vom Mitmenschen (Schulreihe Nr. 60). Sollte es nicht von den Kindern und ihrer natürlichen Gestaltung aus einen tragenden politischen Gedanken der Gegenwart eindeutig und überzeugend in die Mitte einer Schulfeier stellen können?

„Es geht auf allen Wegen Bruder Bitterarm . . .

Es wohnt in allen Gassen Bruder Unbekannt . . .

Es weint in allen Winden Bruder Ganzallein . . .

O Mensch, du sollst ihn finden, ihm Bruder sein . . .“

Oder man greife nach dem von Erich Colberg aus einer Nordseesage gestalteten Spiel für Mädchen „Die goldene Jungfrau“ (Münchener Laienspiele Nr. 197). Wer meint, er habe das Gold als Macht

*) Walter Jacobsen, „Lauter Vorurteile“, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst.

und könne damit über das Leben der Mitmenschen herrschen, der verfolgt einen unsozialen politischen Grundsatz — so zeigt es dieses Spiel.

Auch das chorische Spiel für Jungen „Die große Stunde des Christoph Columbus“ von Erich Colberg (Schulreihe Nr. 74) ist dann ein politisches Feierspiel, wenn es gilt, dem „Kehr um!“ der Zaghaften das mutige „Schiff bleibt auf Kurs!“ entgegenzusetzen. Die gestalterische Aufgabe aus der Bewegung heraus ist hier besonders reizvoll.

Margarete Seidats schlichtes Spiel „Das Erbe“ (Schulreihe Nr. 119) ist ein überzeugender Mittelpunkt für eine Schulfeier, die von den bergenden und fördernden Kräften des Lebens in der Gemeinschaft aussagen will. Es mahnt: „Wenn du selbst nichts gibst, so wirst du nichts empfangen“; denn wie die Erde allen Menschen Segen spendet, so sei dein Dienst dem Bruder zugewendet.

„Aus vielen Steinen wird ein Haus“ von Rudolf Wiemer (Schulreihe Nr. 102) führt sogar den Untertitel „Ein Spiel von der Gemeinschaft“. Es ist darin weit mehr zu finden, als nur ein Spiel zur Einweihung eines neuen Schulhauses.

Auch „Die Not von Hameln“ von Karl Dorpus (Schulreihe Nr. 106) ist Spielgut für eine ernste Feier in der Schule. Denn als die wirkliche Not anhebt, ist es zu spät, zu fragen, wer den Betrug anzettelte. Um dreihundert Goldmünzen verkauften die Bürger das Glück ihrer Stadt.

Einen eindringlichen Appell im Namen der wehrlosen Kreatur bietet das Spiel „Der große Maulwurf“ von Erich Colberg (Schulreihe Nr. 138) zur Gestaltung an. Der Richter Mensch und der Sprecher der Not stehen sich in einem Prozeß gegenüber. „Wer da Lust hat am Totschlag, der ist schon gezeichnet, der ist schon auf dem Wege, den eigenen Bruder zu erschlagen!“ Und die Masse des Volkes muß aus dieser Anklage erkennen: „Wir stehen alle im Gericht!“

Den Stoff einer altjapanischen Legende formte Walter Bauer in seinem Spiel „Das Unauslöschliche“ (Münchener Laienspiele Nr. 187) zu einem Hymnus auf das unwandelbare Herz der Mutter. Aufbau und Sprache dieser Dichtung sind meisterhaft. Die Gestaltung verlangt wache Jugendliche, damit diese Legende in einer politischen Feierstunde echt und tief zum Tragen kommt.

Das ebenso ernste, von der Oberstufe jeder Volksschule aufzunehmende Spiel „Geht einer durch die Felder“ von Erich Colberg (Schulreihe Nr. 4) steht auch erst dann ganz vollwertig im politischen Raum, wenn es auf seinem eigentlichen Grundgedanken bleibt:

*„Du bist eine Mutter. Tausend Kinder suchen dich,
Schau um dich. Die Not der Welt ist groß.“*

Die innere Bewegtheit, das menschliche Aufgeschlossenheit, der Kampf gegen das harte Herz, das Aufgehen im mitmenschlichen Kreis ist das Thema des chorischen Spiels „Die Mühlenlegende“ von Karl Dorpus (Schulreihe Nr. 83). Diese Gestaltung kann auch in kleinsten Schulverhältnissen erarbeitet werden. Und der Ruf dieser Legende: „Helft eurem Bruder in der Not!“ ergeht täglich an uns alle.

Zu einer erhebenden Weihestunde kann eine politische Schulfeier mit Erich Colbergs Spiel vom Frieden „Die Hexe, die eine Heilige war“ (Schulreihe Nr. 80) werden. In zitternder Angst sehen die Kinder hier den Tod wieder ins Land kommen. Seine Absicht: „Die letzte Kumpanei muß ich noch abmustern!“ Sein Spießgeselle im Kriegsgeschehen ist der Teufel: „Der Frieden, das ist eine Kindergeschichte, die in jedem Jahr neu erzählt wird, und keiner kümmert sich darum!“ — Doch Hanna, die Magd, steht unerschütterlich im Glauben: „Wir werden dem Frieden ein erstes Haus bauen!“

Als bekannter literarischer Stoff wäre „Wilhelm Tell“ zu nennen. Man wähle aber die für Volksschüler zugänglichere freie Bearbeitung des Urner Bauernspiels (Schulreihe Nr. 129) von Walther Blachetta. Diese holzschnittartige, kraftvolle Gestaltung soll die klassische Form nicht ablösen, sondern jugendgemäß vorbereiten helfen. „Ein freies Volk erduldet keine Tyrannei“ ist das eigentliche Grundthema aller politischen Schulfeiern. Hier ist es in eine bündige Aussage gebracht worden.

Dieses politische Grundthema sollte nun keinesfalls nur mit ernstesten Stoffen angespielt werden. Auch ein fröhliches, beschwingtes Stück kann

diesen Feiern nur dienlich sein. Deshalb kann hier auf das Spiel „Die Schildbürger bauen sich ein Rathaus“ von Harry Nortmeyer hingewiesen werden. (Bärenreiter-Laienspiele Nr. 57), das um den Gedanken kreist: „Das Haus ist finster. Licht muß rein!“ Auch wenn diese Geschichte weit bekannt ist, so wird das Spiel in seiner Heiterkeit und Derbheit vielerlei beachtliche Wahrheiten anbringen. Und dann: Schaut in den Spiegel! Schilda liegt an jeder Straße — auch noch heute!

Ja sogar der Schwank „Iha, der Esel“ von Heinz Steguweit (Spiele der Jugend Nr. 15) könnte in eine politische Feier passen, wenn sich die Spieler bewußt bemühen, auf den Kerngedanken hin ihre Gestaltung abzustimmen:

*„Wer immer „Ja“ sagt, hat selber schuld,
Wenn er ob aller Eselsgeduld
Last um Last in den Buckel kriegt
Und endlich platt auf der Nase liegt.
Nur die Dummen, wenn wir sie fragen,
Können stets Ja und Amen sagen!“*

Ganz zeitbezogen hat Erich Colberg sein kabarettistisches Spiel „Der Lattenzaun“. (Laienspielverlag, Weinheim, Bergstraße)

„Der Narr mit der Hacke“, dieses japanische Märchen, das Eduard Reinacher als Laienspiel gestaltete, (Münchener Laienspiele Nr. 68) ist ein Ruf nach der Brüderlichkeit, der über die Zeiten Gültigkeit behalten wird. Denn vor der Hacke, die den Menschen einen besseren Weg durch das Leben bereiten hilft, hat sich das Schwert zu neigen. Die szenischen Aufgaben verlangen aber schon eine recht gereifte Spielschar.

Noch größer sind die Spielforderungen, die Rudolf Otto Wiemers Zeitstück „Das Brot von dem wir essen“ (Chr. Kaiser Verlag, München) an die gestaltende Jugendgruppe stellt. Es könnte fast als ein Musterbeispiel eines Laienspiels für politische Feiern gelten, zumal es im Stoff wie in der Form bewußt heutig ist. Durch dieses sehr starke und ergreifende Spiel klingen als dauernde Mahnung die schlichten Bettelworte der Kinder:

*„Die Straßen der Welt sind dunkel und weit.
Wir bitten um ein Fünkchen Barmherzigkeit!“*

„Das Spiel von der Brudersuche“ von Stephan Gräffshagen (Bärenreiter-Laienspiele Nr. 1) ist eine starke Dichtung dieser Zeit und verlangt zu seiner Gestaltung eine innerlich verbundene Spielgruppe. Doch gerade den Jugendlichen sollte es zur Aufgabe gestellt werden, daß sie sich in diese visionäre Gedankenwelt einleben. Die Erarbeitung dieses Spiels wird dann unzweifelhaft tiefgreifende Wirkungen zeitigen, die zwar nicht meßbar, aber im Bildungsvorgang spürbar sein werden.

Wilfried Buch nennt sein Spiel „Zur siebenten Stunde“ (Bärenreiter-Laienspiele Nr. 29) ein Spiel der Wegsuche. Es ist ein neuzeitlicher Totentanz, aber ohne Müdigkeit und ohne Sentimentalität. Nicht der Tod ist der Herr des Lebens, sondern die sich aufopfernde Liebe. Auch diese kraftvolle Dichtung geht vor allem gereifte Jugendliche an und wird ihre Besinnung wach halten helfen.

Für einige gute Sprecher dieser Altersstufe ist stets „Der Ackermann von Böhmen“ des Johann von Saaz (Münchener Laienspiele Nr. 7) ein wertvolles Vorhaben. Die darstellerische Kraft dieses Gesprächs aus der Zeit um 1400 kann sich nur aus der inneren Schau der Worte überzeugend entwickeln. Durch Chorsätze umrahmt und zäsiert ist auch mit diesem Spiel eine eindrucksvolle Feierstunde zu gestalten.

Eine andere Form der Feierygestaltung könnte eine Lesung in den Mittelpunkt dieser mitmenschlichen Stunde stellen. Es gibt dafür noch kein politisches Brevier. Nur auf einige Hilfen kann hier empfehlend hingewiesen werden.

„Alle sind Brüder“, ein Wegbegleiter junger Menschen (August Friedrich Velmede Verlag) ist eine vom Deutschen Roten Kreuz herausgegebene Gedenkgabe aus Anlaß des 125. Geburtstages von Henry Dunant. Die gute Auswahl von Gedichten und Prosastoffen ist reichhaltig und vielfach verwendbar.

Rudolf Otto Wiemer nennt das von ihm herausgegebene Handbuch „Straße, die du wandern muß“ ein Werkbuch zur Schulentlassung. Es ist in seiner sehr sorgfältigen Auswahl weit mehr und kann bei allen Feiern in der Schule zum Werkelingen bestens beitragen. (Laienspielverlag Weinheim, Bergstraße).

Auch auf die Werkblätter für Fest und Feier Nr. 9 „Liebe ist das Herz der Welt“ muß hier mit Nachdruck hingewiesen werden. (Laienspielverlag, Weinheim, Bergstraße) R. O. Wiemer stellt im Text-, Noten- und Werkteil dieser Mappe nicht nur vielerlei Material für politische Schulfestern bereit, er ordnet dieses Material auch in fünf Feiervorschlägen und gibt praktische Hinweise für die Durchführung. Beispiel:

„Die Lesungen sollen grundsätzlich auf mehrere Sprecher und Sprecherinnen verteilt werden.

Die Sprecher und Sprecherinnen nicht auf eine Bühne oder an ein Pult stellen! Entweder sitzen sie den Zuschauern in einer geschlossenen Reihe (seitlich vom Chor) gegenüber, oder sie sprechen aus der Mitte der Gemeinschaft. Überschrift und Verfassersname werden beim Lesen oder Rezitieren weggelassen, abgesehen von den Fällen, bei denen die Überschrift (als Leitton etwa) ausdrücklich hervorgehoben werden soll. . .“

Außerdem ist für solche Lesungen das weite Feld der zeitgenössischen Literatur zu durchsuchen und die anzubietenden Abschnitte mit Bedacht auszuwählen. Bei kurzfristigen Vorbereitungen ist diese Gestaltungsform besonders anzuraten, wobei der intensivere Kontakt mit der heutigen Dichtung auch unterrichtlich eine Bereicherung bringen wird.

Es trage in solch einer Feierstunde eine Lehrkraft beispielsweise „Die Episode vom Genfer See“ von Stefan Zweig einmal eindrucksvoll vor. Die angesichts der Ländergrenzen verzweifelt ausgeufene Klage des Kriegsgefangenen: „Sie können mir doch nicht verbieten, zu meiner Frau heimzukehren und zu meinen Kindern. Ich will nach Hause! Zeigt mir den Weg!“ . . . wird auch die Kinder zum tiefen Nachdenken über den Zwang der „Lattenzäune“ anregen und ihr Innerstes ergreifen.

Oder man wähle als Lesung aus Ernst Wiecherts Märchen die Geschichte „Sieben Söhne“. Die Begegnung der Mutter mit dem König, das Gespräch in der Halle, bedeutet dann für Kinder ein Erlebnis, das inhaltlich wie sprachlich nicht ohne guten Nachklang bleiben kann.

Aus Theodor Pliviers Roman „Stalingrad“ sollte man den Abschnitt lesen, der den Weg des kath. Pfarrers Kalser über die Öde von Pitomnik schildert: „. . . Protestanten, Katholiken, Heiden . . . allen teilte er seinen Segen aus . . . mit jedem Sterbenden starb er und mit jedem Leidenden fühlte er eigene Schuld anwachsen . . .“

Aus dem Schrifttum Antoine de Saint-Exupérys, vielleicht aus seinem „Brief an einen Ausgelieferten“, klingt immer wieder der mahnende Ruf auf: „Habt Ehrfurcht vor dem Menschen!“, der in einigen Abschnitten auch Schulkindern schon recht plastisch vermittelt werden kann. Und „Ehrfurcht vor dem Leben“ ist auch das Grundthema in den Schriften Albert Schweitzers.

Oder man nehme den Lux-Lesebogen Nr. 109 „Selma Lagerlöf“ als eine zur Feiergusaltung anregende Quellenschrift in den Unterricht. Ihre Lehren aus dem Kriegerleben in dem Roman „Das heilige Leben“ werden als Weisheit dieser großen Frau sich tief auch in die Seelen unserer Kinder einprägen. Eine politische Schulfest unter ihren Namen zu stellen, wäre also durchaus sinnvoll und berechtigt.

Der Lux-Lesebogen Nr. 112 „Der Mann von Solferino“ bietet die gleichen Stoffmöglichkeiten um den Begründer des Roten Kreuzes an. In Verbindung mit dem eingangs genannten Material könnte hier unter diesem Zeichen ein echtes Vorhaben anlaufen, das dann in einer Feiergusaltung seinen sichtbaren Abschluß fände.

Auf die vielen Möglichkeiten, Feierstunden dieser Art nur von der Musik her zu gestalten, sei kurz hingewiesen. Auch dafür steht eine sehr reichhaltige Stoffauswahl in Liederbüchern und -blättern zur Verfügung. Entscheidend bleibt auch hier, daß die Daten für diese Feiertage rechtzeitig bekannt sind, um sie mit einer gewissen Anlaufzeit für die gründliche Vorbereitung zu bedenken. Jedes Mißlingen muß ver-

mieden werden. Es lähmt nicht nur die Einsatzfreude der Kinder, es mindert auch bedauerlich die Würde dieser Stunde. Auf gemeinsame Lieder sollte dabei nicht verzichtet werden. Man kann sie sogar in solch einer Stunde — in Form einer kurzen offenen Singstunde — einüben, muß aber dann unbedingt die Liedertexte auf Blättern bereitstellen. „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ von Mozart und „Wann wir schreiten“ in der Weise von Armin Knab sollten allgemein bekannt sein. Aber das „Wecklied“ von Jens Rohwer oder „Morgensonne lächelt auf mein Land“ von Heinrich Spitta könnten von einem Chor angesungen und von der Feiergusamende aufgenommen werden. Zwingend ist dieser Wechselgesang im „Ruf in die Zeit“ (Immer strebe zum Ganzen) nach dem wichtigen Satz von Armin Knab.

Auch ein liturgischer Aufbau politischer Schulfestern muß in sich ein Ganzes sein und in Lied, Dichtung und Musik aufeinander wohl abgestimmt werden. Für passendes Spruchgut kann dazu auf das Brevier des Sonnenberg-Kreises „Laßt uns einen neuen Anfang setzen“ empfehlend hingewiesen werden. In achtzehn Gedankenkreisen sind hier Worte bedeutender Männer und Frauen zusammengetragen worden, die sich auf die großen Anliegen der menschlichen Gemeinschaft beziehen. Das Wort Romano Guardinis darin ist doch auch pädagogisch auszuwerten: „Politik ist die Kunst, alle lebendigen Kräfte zu sehen, die da sind, und sie zu verbinden.“

Die letztthin häufiger genutzte Form der Leseszene kann auch nur, wie der Chor, das Laienspiel oder die Instrumentalgruppe, als gut ausgefeilte Gesamtleistung den Mittelpunkt einer Feier bestimmen. „Die Rückkehr des verlorenen Sohnes“ von André Gide (Insel-Bücherei Nr. 143) bietet sich dazu als Gestaltungsaufgabe für Jugendliche direkt an. Doch auch die Oberstufe der Volksschule kann diese Ausdrucksform mit gutem Erfolg aufnehmen und gelegentlich darbieten. Als Beispiel für diese Schulstufe sei die aus einer Novelle erarbeitete Leseszene hier mitgeteilt. Der Stoff wurde dem rororo-Band Nr. 134 entnommen: Pearl Buck „Die erste Frau“ (Rohwohlt-Verlag Hamburg) und in freier Form umgestaltet. Der Inhalt ist unzweifelhaft besonders zeitnahe und insofern besonders interesseladend. Er hat aber auch berechnete überzeitliche Gültigkeit. Und daß diese Gestaltungsaufgabe von Kindern gern aufgenommen wird, lehrt die Erfahrung.

Die Flüchtlinge

Eine Leseszene für fünf Sprecher nach der gleichnamigen Novelle von Pearl S. Buck.

1. *Sprecher:* Sie zogen durch die neue Hauptstadt wie Fremde aus einem fernen Land. Ihre Augen waren wie die Augen von Menschen, die eine rätselhafte Gewalt plötzlich aus der Welt gerissen hat, die sie seit je kannten und für gesichert hielten. Sie, die nur Landwege und Felder gewöhnt waren, schritten jetzt durch die stolze Straße. Ihre Füße traten die neuen, festen Gehsteige. Obgleich die Straße erfüllt war von Dingen, die sie nie gesehen, zogen sie vorbei wie im Traum und sahen nichts.
2. *Sprecher:* Mehrere Hunderte waren es, die in diesem Augenblick vorbeischritten. Niemand beachtete sie. Die Stadt war erfüllt von Flüchtlingen, von vielen Tausenden, die alle, so gut es ging, ernährt, irgendwie gekleidet und in Zelten beherbergt wurden, in großen Lagern außerhalb der Stadt. Zu jeder Stunde des Tages konnte man Züge zerlumpter Männer und Frauen sehen, die alle ihren Weg zu den Lagern nahmen.

Mann der Straße: Noch mehr Flüchtlinge — wird das je ein Ende nehmen? — Wir alle werden hungern bei dem Bemühen, sie auch nur ein bißchen zu füttern

1. *Sprecher:* Da die Stadt mit Flüchtlingen überfüllt war, warum sollte man diese neue Schar anstaunen, die jetzt eben einzog im Zwiellicht eines Wintertages?
2. *Sprecher:* Aber das waren keine gewöhnlichen Männer und Frauen, kein hergelaufenes Gesindel, das immer arm war und leicht hungerte. Nein, das waren Männer und Frauen, auf die jedes Volk stolz sein durfte. Man konnte sehen, daß sie alle aus derselben Gegend stammten; denn sie hatten Gewänder aus dem gleichen, dunkelblauen Baumwollstoff, einfach und nach altmodischer Art geschnit-

ten, mit langen Ärmeln und langen, weiten Jacken. Die Frauen trugen blaue Streifen des gleichen einfachen Stoffes wie Tücher um den Kopf gewunden.

1. *Sprecher*: Jeder Mann und jeder Bursche schleppten eine Last auf der Schulter. Diese Last bestand stets aus Bettzeug. An der Spitze jeder zusammengerollten Decke stak ein eiserner Kessel. Aber in keinem der Kessel fand sich eine Spur von Essen, noch eine Spur davon, daß man in letzter Zeit darin gekocht hätte.

2. *Sprecher*: Der Mangel an Nahrung bestätigte sich durch einen genauen Blick auf das Gesicht dieser Leute. Beim ersten Hinsehen im Zwielflicht schienen sie soweit gesund. Aber bei näherer Betrachtung sah man, daß es Gesichter hungernder Menschen waren, die jetzt verzweifelt einer letzten Hoffnung entgegengogen. Es waren Männer und Frauen, die auf ihrem Boden ausgeharrt hatten, bis die Hungersnot sie forttrieb. So marschierten sie vorbei, blicklos, schweigend, fremd.

1. *Sprecher*: Der letzte in diesem langen Zug schweigender Männer und Frauen war ein kleiner, eingeschrumpfter alter Mann. Selbst er trug eine Last von zwei Körben, die an einer Tragstange beiderseits seiner Schultern hingen, die gleiche Last: eine zusammengerollte Decke und einen Kessel. Der zweite Korb enthielt offenbar nur eine Decke, sehr zerrissen und geflickt, aber noch immer sauber. Obzwar die Bürde leicht war, schien sie doch zu schwer für den Alten. Sein Atem piff. Er taumelte vorwärts und strengte seine Augen an, um jene zu sehen, die vor ihm gingen, damit er nicht zurückbleibe. In seinem runzligen Gesicht spielte sich ein keuchender Kampf ab.

2. *Sprecher*: Plötzlich konnte er nicht mehr weiter. Er legte seine Last sehr sorgfältig nieder, sank zu Boden, den Kopf zwischen den Knien, die Augen geschlossen, und rang verzweifelt nach Luft. In seine verhungerten Wangen stieg ein bißchen Blut und bildete kleine, dunkle Flecken.

1. *Sprecher*: Ein zerlumpter Verkäufer von heißen Nudeln schob seinen Stand näher und rief seine Ware aus. Das Licht des Standes fiel auf des Alten abgehärmte Gestalt.

2. *Sprecher*: Ein Mann ging vorüber, blieb stehen, sah ihn an und brummte.

Mann der Straße: Ich schwöre, daß ich heute nichts mehr geben kann, und wenn ich meine Familie auch nur mit Nudeln ernähren sollte — aber da ist dieser Alte. Nun, ich will ihm das Silberstück geben, das ich heute für den morgigen Tag verdient habe, und will auf morgen vertrauen. Wenn mein eigener alter Vater noch lebte, ich hätte es ihm ebenso gegeben.

2. *Sprecher*: Er suchte in seinem Gewand und brachte aus dem zerlumpten Gürtel eine kleine Silbermünze hervor, und nach einem Augenblick des Zögerns und Brummens legte er noch ein Kupferstück dazu.

Mann der Straße: Da, alter Mann — ich möchte, daß du Nudeln ißt!

1. *Sprecher*: Der Alte hob langsam den Kopf. Als er das Silber sah, wollte er die Hand nicht ausstrecken.

Alter Mann: Herr, ich habe dich nicht angebettelt. Herr, wir haben gutes Land, und wir haben noch niemals gehungert, weil wir so gutes Land besitzen. Aber in diesem Jahr ist der Fluß gestiegen, und in solchen Zeiten hungern auch Männer mit gutem Land. Herr, es ist uns nicht einmal Saatgut geblieben. Wir haben unser Saatgut gegessen. Ich sagte ihnen, wir dürfen unser Saatgut nicht essen. Aber sie waren jung und hungrig und haben es gegessen.

Mann der Straße: Nimm das!

1. *Sprecher*: Der Mann ließ das Geld in den Schurz des Alten fallen und ging seufzend seines Weges.

2. *Sprecher*: Der Verkäufer machte seine Schüssel mit Nudeln bereit.

Verkäufer: Wieviel willst du essen, Alter?

Alter Mann: Eine kleine Schale ist genug.

Verkäufer: Kannst du denn nur eine kleine Schale essen?

Alter Mann: Es ist nicht für mich.

2. *Sprecher*: Der Verkäufer sah ihn erstaunt an. Aber da er ein einfacher Mensch war, sagte er nichts weiter, sondern bereitete die Schale.

Verkäufer: Hier ist sie!

1. *Sprecher*: Da erhob sich der Alte mit großer Anstrengung, nahm die Schale in seine zitternden Hände und ging zum zweiten Korb. Er zog die Decke zurück, bis man das eingeschrumpfte Gesicht eines kleinen Jungen sehen konnte, der mit fest geschlossenen Augen darunter lag. Man hätte das Kind für tot halten können. Doch als der alte Mann ihm den Kopf hob, so daß des Knaben Mund den Rand der kleinen Schale erreichte, begann er schwach zu schlucken, bis das heiße Gericht verzehrt war. Der Alte flüsterte ihm fortwährend zu.

Alter Mann: Da, mein Herz ... da, mein Kind ...

Verkäufer: Dein Enkel?

Alter Mann: Ja, der Sohn meines einzigen Sohnes. Mein Sohn und sein Weib ertranken bei der Arbeit auf unserem Grund, als die Dämme brachen.

1. *Sprecher*: Er deckte das Kind zärtlich zu, und niederhockend fuhr er mit der Zunge sorgfältig über die kleine Schale und entfernte den letzten Rest der Speise. Dann, als hätte er gegessen, gab er die Schale dem Verkäufer zurück.

Verkäufer: Aber du hast das Silberstück!

Alter Mann: Das ist für Saatgut! Sowie ich das Geld gesehen hatte, wußte ich, daß ich damit Saatgut kaufen würde. Sie haben das Saatgut aufgegessen. Womit soll der Boden wieder besät werden?

Verkäufer: Wäre ich selbst nicht so arm, ich hätte dir eine Schale geschenkt. Aber jemandem etwas schenken, der ein Silberstück besitzt?

Alter Mann: Ich bitte dich nicht darum, Bruder. Wohl weiß ich, daß du es nicht verstehen kannst. Aber hättest du Land, so wüßtest du, daß man anbauen muß, oder es gibt Hungersnot noch für ein nächstes Jahr. Das Beste, was ich für diesen meinen Enkel tun kann, ist, ein wenig Saatgut für das Land kaufen, — ja, auch wenn ich sterbe und andere es aussähen müssen: **D E R B O D E N M U ß B E B A U T W E R D E N !**

1. *Sprecher*: Er nahm seine Last wieder auf. Seine alten Beine zitterten und, die Augen krampfhaft auf die lange, gerade Straße gerichtet, taumelte er weiter.

Anmerkung

J. C. Hurewitz ist Professor für Außenpolitik in Columbia und Autor von drei Büchern über den Nahen Osten, u. a. von einem großen, erst kürzlich veröffentlichten Werk in zwei Bänden mit dem Titel „Diplomatie im Nahen und Mittleren Osten 1935—1956“. Er hat sich vor dem Kriege drei Jahre im Nahen Osten aufgehalten, wohin er 1954 vorübergehend zurückkehrte. Er war 1946 politischer Ratgeber des amerikanischen Kabinettkomitees für Palästinafragen.

Professor D. W. Brogan, F. B. A. Professor der Politischen Wissenschaften in Cambridge, Verfasser von u. a. „An Introduction to Politics“ 1954.

Fritz Behrendt, geb. 1900 in Strausberg bei Berlin, kam von der Jugendbewegung her zur Schulreform und damit zum Aufbau eines gesitteten Schullebens. Bis 1933 als Leiter einer Versuchsschule und als Mitarbeiter im Kreise der aktiven Laienspieler ist er früh schon bemüht gewesen, die musische Seite der Schularbeit zu befürworten und sie kindgemäß auszubilden. Heute Regierungs- und Schulrat in Hannover, vertritt er eine pädagogische Haltung, in der Lernen und Spielen, Arbeiten und Feiern in einer schöpferischen Synthese verbunden sind.

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST · BONN/RHEIN · KÖNIGSTRASSE 85

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.